

I. LANDTAG

TÄTIGKEITSBERICHT

Landtagspräsident: Albert Frick

Landtagssekretär: Josef Hilti

Die Tätigkeit des Landtags im Jahre 2014

Aufgrund von Art. 62 der Verfassung vom 5. Oktober 1921 hat die Regierung dem Landtag alljährlich einen Rechenschaftsbericht über die gesamte Staatsverwaltung zu erstatten. Ähnlich wie in den Vorjahren wird anlässlich dieser Publikation die Öffentlichkeit über die Tätigkeit des Landtags im Jahr 2014 informiert.

Plenarsitzungen

Der Landtag tagte im Berichtsjahr 2014 an insgesamt 21 Sitzungstagen während rund 189 Stunden und beriet dabei über Gesetzesvorlagen, Finanzbeschlüsse, internationale Übereinkommen etc. (Vorjahr 20 Sitzungstage, ca. 174 Stunden). Nach der Eröffnungssitzung mit Thronrede vom 27. Februar 2014 trat der Landtag zu 8 ordentlichen Arbeitssitzungen zusammen, für welche jeweils bis zu 3 Arbeitstage in Anspruch genommen wurden. Die erste Arbeitssitzung begann am 12. März 2014, die letzte inklusive formeller Schliessung des Landtags endete am 5. Dezember 2014. Die durchschnittliche Dauer eines Sitzungstages betrug im Berichtsjahr rund 9.4 Stunden. Im Jahr 2014 wurden 185 Landtagsbeschlüsse ausgefertigt (Vorjahr 167). 58 Gesetzesvorlagen wurden vom Landtag im Anschluss an die 2. Lesung erlassen (Vorjahr 41). Zudem behandelte der Landtag 14 Finanzvorlagen und 24 Wahlgeschäfte. Des Weiteren wurden 26 Berichte (z.B. Hochbautenbericht, Verkehrsinfrastrukturbericht oder Bericht über die Justizpflege des Landgerichtes und des Obergerichtes) und diverse mündliche Informationen der Regierung zur Kenntnis genommen. Der Landtag hatte sich im Berichtsjahr 17-mal mit ausserpolitischen Vorlagen zu befassen, dazu debattierte er über periodische Standardtraktanden, wie beispielsweise den Rechenschaftsbericht in der Juni-Sitzung oder den Landesvoranschlag in der November-Sitzung. Diese beiden Themenkreise, zum einen die Finanzhoheit, zum anderen die Kontrolle der Staatsverwaltung, gehören verfassungsgemäss zu den bedeutendsten Aufgaben des Parlaments überhaupt. Während des Berichtsjahrs wurden 13 Einbürgerungsgesuche (Vorjahr 3) durch den Landtag in Behandlung gezogen und gutgeheissen. Die Aktuelle Stunde wurde 6-mal abgehalten, 2-mal wurde darauf verzichtet. Die Landtagsabgeordneten reichten im Berichtsjahr eine weitere Rekordzahl von 37 parlamentarischen Eingängen (Vorjahr 34), davon 10 Initiativen, 1 Petition, 7 Postulate, 4 Motionen, 14 Interpellationen und ein weiteres parlamentarisches Mittel, ein. Die Initiativen zielten bspw. auf die Neuregelung des Verhältnisses zwischen Staat und Religionsgemeinschaften ab.

Die Petition befasste sich mit möglichen Auswirkungen eines Stadttunnels in Feldkirch. Die Postulate handelten u.a. vom Tarifsystem TARMED, vom Gemeindebürgerrecht und von der Finanzierung der LIEmobil. Die Motionen betrafen u.a. die betriebliche Personalvorsorge, die Angleichung des Kündigungsschutzes und die Entschädigung der Regierung. Die Interpellationen handelten u.a. vom Gewässerschutz, von der Pauschalbesteuerung, von der Familienpolitik oder von der Standortförderung. Das weitere parlamentarische Mittel betraf einen Abänderungsantrag bezüglich der Beteiligungsstrategie an der Liechtensteinischen Landesbank. Die Beantwortung von Parlamentarischen Eingängen wie Postulaten und Interpellationen durch die Regierung erfolgte gemäss Geschäftsordnung des Landtags in schriftlicher Form. Im Berichtsjahr stellten die Abgeordneten eine Rekordzahl von 198 Kleinen Anfragen an die Regierung (Vorjahr 170). Gemäss Geschäftsordnung wurden diese jeweils spätestens am Ende des 3. Sitzungstages mündlich von der Regierung beantwortet. Der Landtag tagte im Berichtsjahr 8-mal in nichtöffentlicher Sitzung. Normalerweise findet die nichtöffentliche Sitzung am ersten Tag der Landtagssitzung vor Beginn der öffentlichen Nachmittagssitzung statt. In den nichtöffentlichen Sitzungen werden hauptsächlich vertrauliche Themen diskutiert und behandelt, wie beispielsweise die aktuelle Situation des liechtensteinischen Finanzplatzes, Ämterprüfungen, Personalentscheidungen oder organisatorische Belange, die den Landtag selbst betreffen.

Landesausschuss

Gemäss Verfassung des Fürstentums Liechtenstein besorgt der Landesausschuss die Geschäfte des Landtags und seiner Kommissionen während der Zeit zwischen Schliessung und Wiedereröffnung des Landtags. Unter dem Vorsitz von Landtagspräsident Albert Frick mit den Abgeordneten Christine Wohlwend, Christoph Wenaweser, Herbert Elkuch und Wolfgang Marxer tagte der Landesausschuss im Berichtsjahr 2-mal.

Landtagskommissionen – Ständige Kommissionen

Landtagskommissionen tagen in nichtöffentlichen Sitzungen. Sie haben vor allem beratende und abklärende Funktion und informieren das Plenum in der Regel schriftlich anhand von Sitzungsprotokollen oder Berichten.

Aussenpolitische Kommission

Die Aussenpolitische Kommission tagte in 8 Arbeitssitzungen. Ihr gehörten Landtagspräsident Albert Frick (Vorsitz) und die Abgeordneten Alois Beck, Karin Rüdiger-Quaderer, Pio Schurti und Thomas Lageder als Mitglieder an. Neben der Vorberatung ausserpolitischer Traktanden des Landtags wurden unter anderem diverse Übereinkommen sowie Beschlüsse des gemein-

samen EWR-Ausschusses behandelt. Zu den Standardtraktanden gehörten die Berichte der Regierung zur aussenpolitischen Lage, die Jahresberichte der einzelnen Delegationen bei den internationalen Parlamentarier-Organisationen (Europarat, OSZE, IPU, EWR/EFTA etc.) sowie die Berichte der EFTA und der Europäischen Überwachungsbehörde (ESA). Die Regierung informierte zudem regelmässig über den Finanzplatz Liechtenstein sowie über die Aufgaben und die personellen Anforderungen im Bereich der liechtensteinischen Aussenpolitik. Das Hauptaugenmerk lag im Jahre 2014 auf dem Abschluss von Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Drittländern sowie auf dem Abschluss weiterer bilateraler Abkommen in Steuerangelegenheiten. Ebenfalls wurden u.a. die folgenden Traktanden behandelt: Genehmigung des Vertrags über den Waffenhandel, Änderung des Kyoto-Protokolls und die Vorstellung der Tätigkeiten der Botschaft in Washington. Ausserdem besuchte die APK die Liechtensteinische Botschaft in Genf, wo sie einen umfassenden Einblick in die Aufgaben der Botschaft erhielt und sich mit hohen Vertretern der UNO, EFTA und WTO traf. Der Besuch des CERN bildete einen weiteren Höhepunkt. Ebenfalls empfing die APK eine Delegation aus Luxemburg um Aussenminister Jean Asselborn zum Arbeitsgespräch. Landtagspräsident Albert Frick empfing zudem den schweizerischen Nationalratspräsidenten Ruedi Lustenberger zu einem offiziellen Besuch in Vaduz und weilte zu einem entsprechenden Gegenbesuch in der Schweiz. Landtagspräsident Albert Frick und Landtagssekretär Josef Hilti weilten zudem an der 9. Parlamentspräsidenten-Konferenz europäischer Kleinstaaten in Andorra. Am 11. und 12. September vertrat Landtagspräsident Albert Frick Liechtenstein an der Europäischen Konferenz der Parlamentspräsidenten in Oslo.

Finanzkommission

Die Finanzkommission wurde im Jahr 2014 von den Abgeordneten Johannes Kaiser (Vorsitz), Wendelin Lampert, Thomas Vogt und Herbert Elkuch sowie dem stv. Abgeordneten Andreas Heeb gebildet. In 16 Sitzungen wurde über finanzrelevante Themen beraten. Die Arbeit der Finanzkommission besteht gemäss Art. 65 der Geschäftsordnung für den Landtag des Fürstentums Liechtenstein (LGBl. 2013 Nr. 9) in der Prüfung und Begutachtung von Voranschlägen des Staates und der sonstigen Körperschaften, der Anstalten öffentlichen Rechts sowie der staatlichen Betriebe, ausgenommen der Gemeinden. Weiter hat die Finanzkommission sämtliche Vorlagen über Kredite, Bürgschaften, Anleihen des Staates, Kauf und Verkauf von Liegenschaften, die Ausführung von Staatsbauten und die Gewährung von ausserordentlichen Beiträgen und Unterstützungen auf ihre Relevanz und Gesetzmässigkeit hin zu prüfen. Die Finanzkommission kann vom Landtag ermächtigt werden, an seiner Stelle über die Zustimmung betreffend den Erwerb oder die Veräusserung von Grundstücken zu entscheiden. Neben

den jährlich wiederkehrenden Traktanden (Landesvoranschlag und Finanzplanung, Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen, Anlagestrategie der Poolanlagen, Berichte der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein, Hochbautenbericht, Verkehrsinfrastrukturbericht etc.) gab es im Berichtsjahr insbesondere folgende Behandlungsthemen: Abänderung des Steuergesetzes; Staatsbeitrag an die Kosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung für die Jahre 2015, 2016 und 2017; Partnerschaft der Telecom Liechtenstein AG; Umsetzung des FATCA-Abkommens; Umwidmung des Vaduzer Grundstücks Nr. 708 und Verkauf des Vaduzer Grundstücks Nr. 707; Teilnahme als Gastland an der OLMA 2016; Bürgerschaft zu Gunsten der Schweizerischen Post AG.

Geschäftsprüfungskommission

Gemäss Art. 63 der Verfassung des Fürstentums Liechtenstein kommt der Geschäftsprüfungskommission die Aufgabe zu, für den Landtag das Recht der Kontrolle über die gesamte Staatsverwaltung und deren Verwaltungshandeln auszuüben. Die Geschäftsprüfungskommission wird dabei in ihrer Arbeit durch die Finanzkontrolle unterstützt. Die Geschäftsprüfungskommission trat im Berichtsjahr zu insgesamt 9 Sitzungen zusammen. Ihr gehörten die Abgeordneten Wolfgang Marxer (Vorsitz), Peter Büchel, Pio Schurti und die stellvertretenden Abgeordneten Patrick Risch und Rainer Gopp an. Neben den jährlich wiederkehrenden Traktanden wie den IT- und Security-Reviews sowie den diversen Berichten der Finanzkontrolle (u.a. zur Landesrechnung), lag das Hauptaugenmerk im Berichtsjahr 2014 auf folgenden Themenbereichen: Situation Landesmuseum; Langzeitabsenzen – Burn-Out-Fälle bei der Landesverwaltung; Nebenbeschäftigungen von Landesangestellten in Führungspositionen; Kosten im Gesundheitswesen; Liechtenstein Marketing; Landesspital; Universität Liechtenstein; Kunstmuseum. Während des Berichtsjahres stattete die Geschäftsprüfungskommission dem Amt für Bau und Infrastruktur und dem Schulamt einen Arbeitsbesuch ab. Diese Besuche vor Ort gewähren der Geschäftsprüfungskommission jeweils interessante Einblicke in die Geschäftstätigkeiten und -abläufe der entsprechenden Ämter. Zudem eröffnen diese Besuche den Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission die Möglichkeit, spezifische Probleme bei den betreffenden Stellen näher erörtern zu können.

Landtagspräsidium

Neben Landtagspräsident Albert Frick und Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller gehörten die Fraktionssprecher Christine Wohlwend (FBP), Christoph Wenaweser (VU), Harry Quaderer (DU), Helen Konzett Bargetze sowie Landtagssekretär Josef Hilti mit beratender Stimme dem Landtagspräsidium an. Das Landtagspräsidium trat im Berichtsjahr zu 8 Sitzungen zusammen und befasste sich hauptsächlich mit der Festlegung der Tagesordnungen für die öffentlichen und nichtöffentli-

chen Landtagssitzungen. Des Weiteren waren die folgenden Themengebiete relevant: Sicherheitsdispositiv bei den Landtagssitzungen; Thematik Aktuelle Stunde und Kleine Anfragen; Landtagsbudget 2015; die Neufestlegung der Wiedereröffnung des Landtags. Dabei wurde im Einvernehmen mit dem Staatsoberhaupt festgelegt, dass die Wiedereröffnung jeweils in der zweiten Hälfte des Monats Januar stattfinden soll.

EWR-Kommission

Die EWR-Kommission überprüft die Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses in Brüssel mit Blick darauf, ob sie gemäss Art. 8 Abs. 2 der Verfassung dem Landtag zur Behandlung und Entscheidung vorzulegen sind. Die Mitglieder der EWR-Kommission, Christian Batliner (Vorsitz), Christoph Beck und der stellvertretende Abgeordnete Thomas Rehak überprüften in 8 Sitzungen die Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses bzw. die EU-Richtlinien und -Verordnungen. Die Unterlagen dazu werden jeweils direkt von der Stabsstelle EWR zur Verfügung gestellt. 2014 wurden 627 EU-Rechtsakte (total seit Abkommen 7'843) durch 291 Beschlüsse (total seit Abkommen 3'256) des Gemeinsamen EWR-Ausschusses in das EWR-Abkommen übernommen (Quelle: Stabsstelle EWR/EEA Coordination Unit).

Richterauswahlgremium

Das Richterauswahlgremium mit den Abgeordneten Manfred Batliner, Thomas Vogt, Pio Schurti und Thomas Lageder trat im Berichtsjahr zu 8 Sitzungen zusammen, um ihre Aufgabe in diesem Gremium adäquat zu erfüllen. Die vom Richterauswahlgremium dem Landtag in Vorschlag gebrachten Kandidatenvorschläge wurden von diesem allesamt gutgeheissen.

Parlamentarische Delegationen

Der Landtag wählt seine Delegationen für die Parlamentarischen Versammlungen internationaler Organisationen oder für Parlamentarierorganisationen zu Beginn einer Mandatsperiode für 4 Jahre. Die Delegationen sind laut Geschäftsordnung angehalten, dem Landtag jährlich bis Ende April einen Tätigkeitsbericht, welcher im Plenum diskutiert wird, zu unterbreiten. Die Berichte sind öffentlich und geben Auskunft über die in den jeweiligen internationalen Gremien geführten Themendebatten. Die Berichte können bei der Regierungskanzlei oder beim Parlamentsdienst bezogen werden. Bezüglich Detailliertheit der folgenden Kurzberichte sei an dieser Stelle auf die ausführlicheren Berichte der jeweiligen Delegationen hingewiesen.

Parlamentarische Versammlung des Europarates

Die Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Strassburg setzte sich im Berichtsjahr aus den Abgeordneten Gerold Büchel (Delegations-

leiter) und Judith Oehri als ordentliche Mitglieder, sowie Karin Rüdissler-Quaderer und dem stellvertretenden Abgeordnete Rainer Gopp als Ersatzmitglieder zusammen. Die Parlamentarische Versammlung ist das beratende Gremium des Europarates, das aus Abgeordneten der 47 nationalen Parlamente besteht. Sie war die erste pan-europäische Versammlung in der Geschichte unseres Kontinents. Mit den Delegationen aus den nationalen Parlamenten ist sie nach wie vor das grösste politische Forum Europas. Im Berichtsjahr fanden insgesamt vier Sessionen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Strassburg statt (Winter-, Frühjahrs-, Sommer- und Herbstsession), an welchen die liechtensteinische Delegation vertreten war. Dominierendes Thema im Berichtsjahr waren die Entwicklungen in der Ukraine. An den vier Sessionen wurde unter anderem über nachstehende Themen debattiert: Ablehnung der Straffreiheit für die Mörder von Sergey Magnitski, Funktionieren der Demokratischen Institutionen in der Ukraine, Energiediversifizierung als grundlegender Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung, Jüngste Entwicklungen in der Ukraine: Gefahren für das Funktionieren der demokratischen Institutionen, Nachprüfung der zuvor ratifizierten Beglaubigungsschreiben der russischen Delegation, Prostitution, Menschenhandel und moderne Sklaverei in Europa, Antrag des kirgisischen Parlaments auf Status eines Partners für Demokratie, Beobachtungsbericht der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine, Flüchtlings- und Migrationsherausforderungen für Italien und Europa, Bedrohung durch den Islamischen Staat und die Gewalt gegen Christen und andere religiöse Gemeinschaften und Das Funktionieren der demokratischen Institutionen in Georgien.

EWR/EFTA Parlamentarierkomitee

Die Delegation des Liechtensteinischen Parlaments bei den EFTA- und EWR-Parlamentarierkomitees setzte sich im Jahr 2014 aus den Abgeordneten Elfried Hasler (Delegationsleiter) und Harry Quaderer als ordentliche Mitglieder, sowie dem Abgeordneten Eugen Nägele und dem stellvertretenden Abgeordneten Manfred Kaufmann als Ersatzmitglieder zusammen. Bis Ende Februar 2014 leitete Landtagspräsident Albert Frick die Geschicke der Delegation. Neben den Delegationen aus Liechtenstein waren regelmässig Parlamentarier aus Island, Norwegen und der Schweiz vertreten. Die Hauptaufgaben der EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees sind, sich mit Fragen des EWR bzw. der EFTA auseinanderzusetzen und Stellungnahmen dazu abzugeben. Die Delegation nahm vom 16. bis 21. Februar an einem Arbeitsbesuch in Malaysia und Singapur teil. Mit dem Besuch verfolgte die EFTA-Delegation das Ziel, ein Freihandelsabkommen zwischen der EFTA und Malaysia mit Gesetzgebern, Beamten und Interessensgruppen zu diskutieren sowie die Vorbereitungen für die Verhandlungen zu unterstützen. In Singapur tauschten sich die Delegierten mit Vertretern des Parlaments und der Regierung über die Erfah-

rungen der vergangenen Jahre mit dem Freihandelsabkommen aus. Die Delegation nahm vom 25. bis 27. März am 42. JPC-Meeting in Reykjavik teil. Dabei wurden Beschlüsse zu folgenden Themen verabschiedet: «Single Market Governance» und «Climate and Energy towards 2030». Ebenso fand ein Austausch über die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden und über das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA statt. Vom 23. bis 24. Juni nahm die Delegation am 108. CMP- und 75. MPS-Meeting sowie am 50. EFTA-Ministertreffen und am 15. Joint Meeting mit dem Konsultativkomitee in Island teil. Das Parlamentarierkomitee wurde über das neue EWR-Übernahmeverfahren zur Effizienzsteigerung der Umsetzung von EU-Rechtsakten informiert. Anschliessend informierten die Minister über die neusten Entwicklungen bezüglich Freihandelsabkommen. Am 17. November nahm die Delegation am 109. CMP-, 76. MPS-Meeting und 51. EFTA Ministertreffen in Genf teil. Dabei wurde das Parlamentarierkomitee über die neusten Entwicklungen bei der Welthandelsorganisation sowie über die Verhandlungen der EU mit den USA über das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen informiert. Am 19. November fand ein Treffen der EWR/EFTA-Aussenminister mit dem Parlamentarier- sowie Konsultativkomitee in Brüssel statt. Dieses Treffen findet jährlich im Zusammenhang mit dem EWR-Rat statt und bietet den beteiligten Gremien die Möglichkeit sich über die neusten Entwicklungen im EWR auszutauschen. Die Minister informierten das Komitee über die politische Einigung der EU und der EWR/EFTA-Finanzminister zur Übernahme der Rechtsakte zu den Europäischen Finanzaufsichtsbehörden in das EWR-Abkommen. Das 43. JPC-Meeting fand am 17. Dezember in Strassburg statt. Die folgenden Beschlüsse wurden verabschiedet: «Jahresbericht 2013 über das Funktionieren des EWR-Abkommens» und «Climate and Energy Policy Framework 2030». Weiter wurde das Parlamentarierkomitee seitens gemeinsamen EWR-Komitees, EFTA-Überwachungsbehörde und EWR-Rat über die neusten Entwicklungen des EWR-Abkommens informiert.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)

Die Delegation der Parlamentarischen Versammlung der OSZE setzte sich im Berichtsjahr aus den Abgeordneten Karin Rüdissler-Quaderer (Delegationsleiterin) und Helen Konzett Bargetze als ordentliche Mitglieder sowie den Abgeordneten Judith Oehri und Elfried Hasler als Ersatzmitglieder zusammen. Ziel der Parlamentarischen Versammlung der OSZE ist es, die parlamentarische Seite innerhalb der OSZE zu stärken sowie den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten zu erleichtern. Die Delegation war im Berichtsjahr an der Wintertagung, an der Jahrestagung als auch an der Herbsttagung vertreten. Die 13. Wintertagung der Parlamentarischen

Versammlung der OSZE fand vom 13. bis 14. Februar in Wien statt. An den Sitzungen der drei Ausschüsse wurden die Themen für die Jahrestagung erläutert und spezifiziert. Ebenso fand eine Spezialdebatte zum Thema «Die aktuelle Situation in der Ukraine» statt. Die 23. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung fand vom 28. Juni bis 2. Juli in Baku, Aserbaidschan, statt. Die Jahrestagung hatte sich das Thema «Helsinki +40 – Auf dem Weg zu menschlicher Sicherheit für alle» zum Ziel gesetzt. Dieses Thema wurde in Vorbereitung auf den 40. Jahrestag der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki im nächsten Jahr sowie zur Ausarbeitung von Vorschlägen für institutionelle Reformen zur Neuausrichtung der OSZE gewählt. Auch an der Jahrestagung dominierte das Thema Ukraine. Es beteiligten sich über 60 Redner an der Spezialdebatte zur Situation in der Ukraine. Weitere Themen der Tagung waren der Verstoß Russlands gegen die Helsinki Prinzipien, eine umfassende Einwanderungsreform, der Kampf gegen Terrorismus, sowie die Situation von Flüchtlingen in der OSZE-Region. Abschliessend wurden traditionsgemäss diverse Wahlen durchgeführt. Am Ende der Tagung wurde die «Baku Deklaration» verabschiedet, welche sämtliche 57 Mitgliedsstaaten auffordert, sich auf höchster politischer Ebene zur vollen Umsetzung der OSZE-Verbindlichkeiten sowie zur Stärkung der Organisation zu verpflichten. Die Herbsttagung der Parlamentarischen Versammlung fand vom 3. bis 5. Oktober in Genf statt. Die Tagung stand unter dem Thema «Die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen: Die Rolle der Parlamente». Die Herbstkonferenz eröffnet den Mitgliedern der Versammlung jeweils die Möglichkeit, Fachexperten auf spezielle Themen, welche für die OSZE-Staaten von besonderem Interesse sind, anzusprechen. Im Berichtsjahr nahm die Abgeordnete Helen Konzett Bargetze vom 22. bis 27. Mai an der Wahlbeobachtung zur Präsidentschaftswahl in der Ukraine teil. Insgesamt nahmen 110 Parlamentarier aus knapp 30 OSZE-Ländern teil.

Interparlamentarische Union (IPU)

Der liechtensteinischen Delegation bei der Interparlamentarischen Union (IPU), welche im Berichtsjahr ihren 125. Geburtstag feierte, gehörten Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller (Delegationsleiterin), der stellvertretende Abgeordnete Helmut Büchel als ordentliches Mitglied sowie die Abgeordneten Wolfgang Marxer und Pio Schurti als stellvertretende Delegationsmitglieder an. Analog den Vorjahren fanden im Berichtsjahr neben diversen Sitzungen der unterschiedlichen Arbeits- und Expertengruppen der IPU zwei grosse Jahreskonferenzen statt. Die 130. IPU-Konferenz tagte vom 16. bis 20. März 2014 in Genf, die 131. IPU-Konferenz vom 12. bis 16. Oktober 2014 ebenfalls in Genf. Die liechtensteinische Delegation war an beiden Konferenzen durch Violanda Lanter-Koller und Helmuth Büchel mit Delegationssekretärin Gabriele Wachter vertreten. An der 131. IPU-Konferenz wurde insbesondere über die folgenden Themen-

gebiete debattiert: Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit sowie einer stabilen Demokratie in der Zentralafrikanischen Republik; Beitrag der Parlamente zu einer Welt ohne Nuklearwaffen; Schutz der Kinderrechte sowie eine risikoresistente Entwicklung unter Berücksichtigung demografischer Trends und natürlicher Einschränkungen. An der 132. IPU-Konferenz wurden die folgenden Themengebiete erörtert: Ebola-Krise und dabei insbesondere eine verstärkte finanzielle, medizinische und logistische Unterstützung; Kampf gegen radikale Ideologien; Einsatz für die Einheit der Geschlechter; Kampf und gegen die Gewalt gegen Frauen; Kampf gegen die weltweite Verbreitung von Terrorismus und Extremismus; Jahresprogramm 2015 inklusive Budget sowie die Durchführung von entsprechenden Wahlen in diverse IPU-Gremien.

Parlamentarier-Kommission Bodensee

Die Parlamentarier-Kommission Bodensee ist ein Forum mit der Aufgabe und dem Ziel, in einem zweimal jährlich durchgeführten Informations- und Meinungsaustausch grenzüberschreitende Probleme zu erörtern, gemeinsame Lösungen anzustreben und sich über ihre Mitglieder in den Parlamenten für deren Umsetzung einzusetzen. Dabei treffen sich jeweils Parlamentarier aus Baden-Württemberg, Bayern, Vorarlberg, St. Gallen, Appenzell, Schaffhausen, Thurgau, Zürich und Liechtenstein. Im Berichtsjahr vertraten Landtagspräsident Albert Frick (Delegationsleiter), die Abgeordneten Christoph Beck und Helen Konzett Bargetze und der stellvertretende Abgeordnete Peter Wachter den liechtensteinischen Landtag in diesem Gremium. Der Kanton Appenzell Innerrhoden hatte im Berichtsjahr den Vorsitz inne. Die Frühjahrstagung der Parlamentarier-Konferenz Bodensee (42. Sitzung) fand am 28. März 2014 im Grossratsaal im Rathaus Appenzell unter dem Vorsitz von Grossratspräsident Fefi Sutter statt. Den liechtensteinischen Landtag vertraten Präsident Albert Frick, die Abgeordneten Christoph Beck und Helen Konzett Bargetze sowie der stellvertretende Abgeordnete Peter Wachter. Schwerpunktthemen der Tagung waren dabei: Felchenertrag, Fracking, Funkfrequenz Schifffahrt, Seebestattungen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Im Zuge der Frühjahrstagung wurde eine Resolution bezüglich des Rückgangs der Fischereierträge am Bodensee im Hinblick auf die Existenz der Fischereibetriebe verabschiedet. Die Herbsttagung der Parlamentarier-Konferenz Bodensee (43. Sitzung) fand am 24. Oktober 2014 im Drehrestaurant auf dem Hohen Kasten, Brülisau, statt. Im Zuge der Herbsttagung wurde am Vorabend eine Besichtigung der Brauquöll Brauerei Locher in Appenzell durchgeführt. Die folgenden Themen standen dann an der 43. Sitzung auf der Tagesordnung: Alpenraumstrategie EUSALP; Verkehrslösungen im Raum Lindau-Bregenz-Schweiz, Präsentation EXPO 2027, Vorstellung Marke Vierländerregion Bodensee und Arsenbelastung Bahnhof Lindau. Der Landtag war dabei durch

Präsident Albert Frick und die Abgeordneten Christoph Beck und Helen Konzett Bargetze vertreten. Die alljährliche Präsidentenkonferenz unter dem Beisein von Landtagspräsident Albert Frick fand im Berichtsjahr am 27. Juni in Oberegg im Restaurant St. Anton statt. Diese Treffen dienen zum einen der Pflege von bestehenden und zum anderen dem Knüpfen von neuen Kontakten sowie dem Ausbau des Netzwerkes innerhalb der Bodenseeregion. Das Land Baden-Württemberg wird im Jahr 2015 den Vorsitz innehaben.

Parlamentsdienst

Die Aufgaben des Parlamentsdienstes sind in Art. 17 GOLT umrissen. Obwohl der Landtag als Institution bereits 1818 geschaffen wurde, nahm der Parlamentsdienst seinen Betrieb erst im Jahre 1990 auf. Heute besteht der Parlamentsdienst aus dem Landtagssekretär Josef Hilti, seinem Stellvertreter Philipp Pfeiffer, drei Vollzeitangestellten, einer Teilzeit-Mitarbeiterin und zwei Schreibkräften auf Teilzeitbasis. Der Landtagssekretär und sein Stellvertreter werden gemäss Art. 16, Abs. 2 GOLT vom Landtag bestellt. Der Parlamentsdienst zeichnet insbesondere verantwortlich für die Protokollierung der Landtagsdebatten, der Kommissions- und Delegations-sitzungen sowie die Erstellung der Landtagsbeschlüsse. Zudem ist der Parlamentsdienst die offizielle Anlaufstelle des Landtags für andere Parlamente und internationale Organisationen. Der Arbeitsanfall ist seit Inbetriebnahme im Jahre 1990 insbesondere aufgrund der generell verstärkten Internationalisierung der Parlamentsarbeiten stark angewachsen. Der Parlamentsdienst verfügt derzeit zur Arbeits- und Aufgabenbewältigung inklusive den Schreibkräften über 6.40 Stellen. Die Landtagsbroschüren (in deutscher und englischer Sprache) sowie Broschüren zum Landtagsgebäude können kostenlos beim Parlamentsdienst angefordert werden. Interessierte haben zudem die Möglichkeit, weitere Informationen auf der Homepage des Landtags (www.landtag.li) einzusehen.

Überblick über die Landtagsbeschlüsse im Jahre 2014

Eröffnungssitzung vom 27. Februar 2014

- Thronrede S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein
S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein eröffnet die Landtagssession und richtet die Thronrede an die Landtagsabgeordneten.
- Ansprache des Alterspräsidenten Albert Frick
- Wahl des Landtagspräsidenten
Abg. Albert Frick
- Wahl der Landtagsvizepräsidentin
Abg. Violanda Lanter-Koller
- Wahl der Schriftführer
Abg. Christoph Beck
Abg. Johannes Kaiser

- Wahl der Aussenpolitischen Kommission
Landtagspräsident Albert Frick, Vorsitz
Abg. Alois Beck
Abg. Thomas Lageder
Abg. Karin Rüdissler-Quaderer
Abg. Pio Schurti
- Wahl der Finanzkommission
Abg. Johannes Kaiser, Vorsitz
Abg. Herbert Elkuch
Stv. Abg. Andreas Heeb
Abg. Wendelin Lampert
Abg. Thomas Vogt
- Wahl der Geschäftsprüfungskommission
Abg. Wolfgang Marxer, Vorsitz
Abg. Peter Büchel
Stv. Abg. Rainer Gopp
Abg. Pio Schurti
Stv. Abg. Patrick Risch
- Ersatzwahl in die Delegation für die EFTA/EWR-Parlamentarierkomitees
Abg. Elfried Hasler als ordentliches Mitglied und Delegationsleiter

Öffentliche Landtagssitzung vom 12./13. März 2014

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 12./13. März 2014
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 6./7./8. November 2013
Das Protokoll wird genehmigt.
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 4./5./6. Dezember 2013
Das Protokoll wird genehmigt.
- Genehmigung des Protokolls der Eröffnungssitzung vom 27. Februar 2014
Das Protokoll wird genehmigt.
- Anfrage des Abg. Christoph Wenaweser:
 - Tuberkulosefälle auf liechtensteinischen Alpen
- Anfragen der Abg. Karin Rüdissler-Quaderer:
 - Arbeitsgruppe Tagesstrukturen
 - Lanzarote-Konvention
- Anfragen des Abg. Harry Quaderer:
 - Augenklinik Reis
 - Chauffeurenzulassungsverordnung
 - Beitritt Liechtensteins zum IWF
 - Edelmetalle
- Anfragen des Abg. Wolfgang Marxer:
 - Fracking
 - Feinstaubmessung an der Engelkreuzung in Nendeln
 - Busspuren
- Anfragen der Abg. Helen Konzett Bargetze:
 - Energiebezug der Landesverwaltung bei den LKW
 - Miet- und Pachtrecht
 - Mehrwertsteuernummer
- Anfrage des Abg. Manfred Batliner:
 - Eintrachtkreisel in Eschen
- Anfragen des Abg. Thomas Lageder:
 - S-Bahn FL.A.CH
 - Alkohol- und Tabaksteuern
 - Retrozessionen
 - FC Vaduz
- Anfrage des Abg. Johannes Kaiser:
 - Kirche und Staat
- Anfrage der Abg. Judith Oehri:
 - Konvention des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt
- Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
 - Einkommensgrenze für den Bezug von Ergänzungsleistungen
 - Tarmed
- Anfragen des Abg. Christoph Beck:
 - FC Vaduz
 - Verfassungsmässigkeit von «win-win90»
- Anfrage der Landtagsvizepräsidenten Violanda Lanter-Koller:
 - Stiftungsrat der Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein
- Anfrage des Abg. Elfried Hasler:
 - Stiftungsbesteuerung
- Anfragen des Abg. Erich Hasler:
 - Volksinitiative «win-win90»
 - S-Bahn FL.A.CH.
 - NKS
- Anfragen des Abg. Pio Schurti:
 - Jugendleiterurlaub
 - Wohnbeihilfe
- Anfrage des Abg. Gerold Büchel:
 - Kleine Anfragen
- Aktuelle Stunde: Welche Rahmenbedingungen benötigt das Bevölkerungs- und Beschäftigten-Wachstum in Liechtenstein?
Die Aktuelle Stunde wird abgehalten.
- Petition «Auswirkungen Stadttunnel Feldkirch auf Liechtenstein», übergeben von Andrea Matt (Erstunterzeichnerin), Rainer Batliner, Markus Falk, Catherine Frick, Walter Frick, Dagmar Gadow, Manuela Haldner-Schierscher, Siglinde Marxer, Wolfgang Marxer und Georg Sele
Die Petition wird an die Regierung überwiesen.
- Volksinitiative «Pensionskasse win-win» zum Gesetz über die betriebliche Personalvorsorge des Staates (SBPVG), eingereicht von Nikolaus Frick
Es wird festgestellt, dass die Volksinitiative mit der Verfassung und den bestehenden Staatsverträgen übereinstimmt, sie wird daher für zulässig erklärt.
- Volksinitiative «WinWin50» zum Gesetz über die betriebliche Personalvorsorge des Staates (SBPVG), eingereicht von Nikolaus Frick (Nr. 2/2014)
Das Traktandum wird abgesetzt.
- Postulat für einen institutionalisierten Inflationsausgleich der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 10. Februar 2014
Das Postulat wird nicht an die Regierung überwiesen.

- Postulatsbeantwortung betreffend die demografische Entwicklung und deren Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen und die sozialen Institutionen (Nr. 111/2013)
Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen und das Postulat abgeschrieben.
- Postulatsbeantwortung zur Entlohnung von Landesangestellten für die Ausübung eines öffentlichen Amtes bei Land und Gemeinden (Nr. 4/2014)
Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen und das Postulat abgeschrieben.
- Motion zur Angleichung des Kündigungsschutzes der Staatsangestellten an die Privatwirtschaft der Abgeordneten Christian Batliner, Manfred Batliner, Gerold Büchel, Elfried Hasler, Johannes Kaiser und Christine Wohlwend vom 28. November 2013
Die Motion wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Wahl der Medienkommission
Die Medienkommission wird wie folgt bestellt:
Präsident: Markus Kaufmann, Runkels 4, 9495 Triesen
Vizepräsident: Heinz Beck, Landstrasse 49, 9490 Vaduz
Mitglieder: Anton Banzer, Hainweg 3, 9495 Triesen, Peter Kindle, St. Wolfgangstrasse 15A, 9495 Triesen, Philipp Vogt, Palduinstrasse 72, 9496 Balzers
Ersatzmitglieder: Vera Oehri-Kindle, Dr. Josef-Hoop-Strasse 24, 9492 Eschen, Petra Vogt, Böngerta 37, 9496 Balzers
- Bestellung eines Ad-hoc-Richters des Staatsgerichtshofes für das Verfahren 2013/86
Als Ad-hoc-Richter des Staatsgerichtshofes für das Verfahren 2013/86 wird bestellt:
Dr. Matthias Niedermüller, Feldkircherstrasse 15, 9494 Schaan
- Ausrichtung einer Subvention für den Umbau und die Erweiterung des Alters- und Pflegeheims Schlossgarten (APH Schlossgarten) der Gemeinde Balzers (Nr. 11/2014)
Der Subventionsantrag für den Umbau und die Erweiterung des Alters- und Pflegeheims Schlossgarten (APH Schlossgarten) der Gemeinde Balzers wird genehmigt.
- Abänderung des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltungspflege (Einführung einer Fristenhemmung) (Nr. 49/2013) [1. Lesung: 3. Oktober 2013] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 7/2014); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Teilrevision des Arbeitsvermittlungsgesetzes (Umsetzung der Richtlinie 2008/104/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über Leiharbeit) (Nr. 77/2013); [1. Lesung: 8. November 2013] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 3/2014); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Steuergesetzes (Amnestie) (Nr. 89/2013); [1. Lesung: 6. Dezember 2013] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 5/2014); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches und des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches sowie weiterer Gesetze (Umsetzung der Richtlinie 2011/7/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr) (Nr. 94/2013); [1. Lesung: 6. Dezember 2013] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 8/2014); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes über die Landespolizei (Polizeigesetz; PolG) und des Strafgesetzbuches (StGB) (ausserprozessualer Zeugenschutz) (Nr. 95/2013); [1. Lesung: 6. Dezember 2013] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 9/2014); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Bereinigung der Anlagen I und II zum Zollvertrag (LGBl. 2013 Nr. 370)
Die Bereinigung wird zur Kenntnis genommen.
- Beschluss Nr. 164/2013 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2010/53/EU über Qualitäts- und Sicherheitsstandards für zur Transplantation bestimmte menschliche Organe) (Nr. 107/2013)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Beschlüsse Nr. 158/2013 und 160/2013 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2010/84/EU zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel hinsichtlich der Pharmakovigilanz und Richtlinie 2012/26/EU hinsichtlich der Pharmakovigilanz) (Nr. 108/2013)
Den Beschlüssen wird zugestimmt.
- Beschluss Nr. 159/2013 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2011/62/EU zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel hinsichtlich der Verhinderung des Eindringens von gefälschten Arzneimitteln in die legale Lieferkette) (Nr. 109/2013)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Beschluss Nr. 177/2013 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2012/17/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2012 zur Änderung der Richtlinie 89/666/EWG des Rates sowie der Richtlinie 2005/56/EG und 2009/101/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Verknüpfung von Zentral-, Handels- und Gesellschaftsregistern) (Nr. 110/2013)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Bosnien und Herzegowina vom 24. Juni 2013 (Nr. 1/2014)
Dem Freihandelsabkommen wird zugestimmt.
- Übereinkommen über die Beteiligung der Republik Kroatien am Europäischen Wirtschaftsraum und das

- Gesetz betreffend die vorläufige Anwendung des Übereinkommens (Nr. 6/2014)
Dem Übereinkommen wird zugestimmt.
- Einbürgerungsgesuch von Zekan Azem, Egerta 36, 9490 Vaduz
Der Verleihung des liechtensteinischen Landesbürgerrechts wird vorbehaltlich der Zustimmung S.D. des Erbprinzen Alois von und zu Liechtenstein zugestimmt.
 - Änderung des Wohnbauförderungsgesetzes (Abschaffung der Kindersubventionen) (Nr. 10/2014); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
 - Abänderung des Gesetzes über die Krankenversicherung (Nr. 17/2014); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
 - Beantwortung der Kleinen Anfragen
- Öffentliche Landtagssitzung vom 9./10. April 2014**
- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 9./10. April 2014
 - Anfrage des Abg. Elfried Hasler:
 - Höhe der ausbezahlten Altersrenten der AHV
 - Anfrage der Abg. Christine Wohlwend:
 - Vorratsdatenspeicherung
 - Anfragen des Abg. Peter Büchel:
 - Medikamentenabgabe durch Apotheken
 - Internetauftritt
 - Anfrage des Abg. Thomas Vogt:
 - Schulpsychologischer Dienst
 - Anfrage des Abg. Christoph Beck:
 - Uni Liechtenstein
 - Anfragen der Abg. Helen Konzett Bargetze:
 - Stellenabbau beim Schulpsychologischen Dienst
 - ADHS-Diagnostik
 - Anfragen des Abg. Alois Beck:
 - Erhöhung der Sozialhilfeempfänger
 - Datenklau in Deutschland
 - Hausgeburten
 - Anfragen der Abg. Judith Oehri:
 - Versicherungswert von alten Immobilien
 - Besteuerung von Mieteinnahmen
 - AHV- und MWSt-Ausstände
 - Anfragen der Abg. Karin Rüdissler-Quaderer:
 - Sprachassistenten
 - Kostensteigerung der ambulanten Ärzte
 - Anfragen des Abg. Thomas Lageder:
 - Berücksichtigung der Inflation
 - Pauschalbesteuerung
 - Anfrage des Abg. Johannes Kaiser:
 - zentrales Personenregister
 - Anfrage des Abg. Harry Quaderer:
 - VOCUS GmbH
 - Anfrage der Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller:
 - Urteil des Staatsgerichtshofs in Sachen Dispens vom Schwimmunterricht
 - Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
 - Sparpotenzial mit Tarmed
 - Sanierung der Pensionsversicherung für das Staatspersonal
 - Anfragen des Stv. Abg. Patrick Risch:
 - Dioxinbelastung in Lebensmitteln
 - Verletzung der Menschenrechte in ausländischen Staaten
 - Anfragen des Abg. Erich Hasler:
 - Kohäsionsfonds der EU
 - Bauverordnung und Aufzugskontrollen
 - Anfragen des Abg. Pio Schurti:
 - Schimmel im Liechtensteinischen Gymnasium
 - Standesrichtlinien der Rechtsanwälte
 - Anfrage des Abg. Frank Konrad:
 - leerstehende Kindergärten
 - Aktuelle Stunde: Braucht es in Liechtenstein eine Pflegeversicherung?
Die Aktuelle Stunde wird abgehalten.
 - Volksinitiative «Pensionskasse win-win» zum Gesetz über die betriebliche Personalvorsorge des Staates (SBPVG), eingereicht von Nikolaus Frick
Das Initiativbegehren wird abgelehnt. Es wird eine Volksabstimmung anberaumt.
 - Volksinitiative «WinWin50» zum Gesetz über die betriebliche Personalvorsorge des Staates (SBPVG), eingereicht von Nikolaus Frick
Das Initiativbegehren wird abgelehnt. Es wird eine Volksabstimmung anberaumt.
 - Postulat betreffend die Bedeutung und Sinnhaftigkeit des Instituts des Gemeindebürgerrechts der Abgeordneten Peter Büchel, Violanda Lanter-Koller, Judith Oehri und Karin Rüdissler-Quaderer vom 27. Februar 2014
Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
 - Interpellation zur Liechtensteinischen Landesbank AG der Abgeordneten Herbert Elkuch, Erich Hasler, Harry Quaderer und Pio Schurti vom 27. Februar 2014
Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
 - Interpellation zur Standortförderung in Liechtenstein der Abgeordneten Herbert Elkuch, Erich Hasler, Harry Quaderer und Pio Schurti vom 27. Februar 2014
Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
 - Interpellation zur Energiestrategie 2020 der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 3. März 2014
Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
 - Motion zur Entschädigung der Regierung der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 3. März 2014
Die Motion wird nicht an die Regierung überwiesen.
 - Wahl eines vollamtlichen Senatsvorsitzenden beim Fürstlichen Obergericht
Als vollamtlicher Senatsvorsitzender beim Fürstlichen Obergericht wird gewählt:
lic.iur. Jürgen Nagel LL.M., Unnothstrasse 23, CH-9430 St. Margrethen
 - Regierungsprogramm 2013 – 2017 (Nr. 14/2014)
Das Regierungsprogramm 2013 – 2017 wird zur Kennt-

- nis genommen.
- Jahresbericht 2013 der Delegation für die EFTA/EWR-Parlamentarierkomitees
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2013 der Delegation bei der Interparlamentarischen Union (IPU)
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2013 der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2013 der Delegation bei der Parlamentarier-Kommission Bodensee
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2013 der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2013 der Ombudsperson für Kinder und Jugendliche
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Abänderung des Gesetzes über die Krankenversicherung (Nr. 17/2014); [1. Lesung: 13. März 2014] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 19/2014); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesundheitsgesetzes (Nr. 12/2014); 1. und 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Tierschutzgesetzes (Nr. 13/2014); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Steuergesetzes (Nr. 15/2014); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Reform des Namensrechts (Nr. 16/2014); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen

Öffentliche Landtagssitzung vom 7./8. Mai 2014

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 7./8. Mai 2014
- Anfragen der Abg. Judith Oehri:
 - Pensionskassenbeiträge
 - AHV-Bezüger ohne Pensionskasse
- Anfrage des Abg. Frank Konrad:
 - Kindergärten
- Anfragen der Abg. Karin Rüdissler-Quaderer:
 - Eintritt in den Kindergarten
 - Richterposten beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte
- Anfrage des Abg. Thomas Lageder:
 - Wohnbauförderung
- Anfragen des Abg. Pio Schurti:
 - Regierung
 - Sechseläuten
- Anfrage des Abg. Johannes Kaiser:

- Künftige Finanzierung von Radio L
- Anfrage des Abg. Wolfgang Marxer:
 - Petition Stadttunnel
- Anfrage des Abg. Alois Beck:
 - Schülerbusse
- Anfrage der Abg. Helen Konzett Bargetze:
 - Gewässerschutz
- Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
 - Sanierung der Pensionsversicherung für das Staatspersonal
- Aktuelle Stunde: Liechtensteinbild im Ausland
Die Aktuelle Stunde wird abgehalten.
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 12./13. März 2014
Das Protokoll wird genehmigt.
- Postulatsbeantwortung der Regierung an den Landtag betreffend das Postulat zur Reduktion des Energieverbrauchs im Gebäudebereich und dem zielgerichteten Einsatz von Subventionen (Nr. 21/2014)
Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen und das Postulat abgeschrieben.
- Postulatsbeantwortung der Regierung an den Landtag betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 14. September 1994 über die Motorfahrzeugsteuer (verursachergerechte Ausgestaltung der Motorfahrzeugsteuer) (Nr. 31/2014)
Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen und das Postulat abgeschrieben.
- Postulat zu den Zuschlagskriterien im Gesetz über das Öffentliche Auftragswesen ÖAWG der Abgeordneten Christoph Beck, Peter Büchel, Frank Konrad, Violanda Lanter-Koller, Judith Oehri, Karin Rüdissler-Quaderer, Thomas Vogt und Christoph Wenaweser vom 28. März 2014
Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
- Postulat für eine nachhaltige und gesicherte Finanzierung der LIEmobil der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 3. April 2014
Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
- Interpellation zur nachhaltigen Reduktion des Personal- und Sachaufwands in der Landesverwaltung und zu Strukturreformen im Staatswesen der Abgeordneten Christoph Beck, Peter Büchel, Frank Konrad, Violanda Lanter-Koller, Judith Oehri, Karin Rüdissler-Quaderer, Thomas Vogt und Christoph Wenaweser vom 21. März 2014
Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
- Auftragserteilung zur Abänderung der Beteiligungsstrategie vom 22.11. 2011 des Fürstentums Liechtensteins für die Beteiligung an der Liechtensteinischen Landesbank der Abgeordneten Herbert Elkuch, Erich Hasler, Harry Quaderer und Pio Schurti vom 31. März 2014
Einer Überweisung der Auftragserteilung an die Regierung zur Stellungnahme wird nicht zugestimmt. Der Auftragserteilung wird ebenfalls keine Zustimmung erteilt.

- Wahl der Datenschutzkommission
Die Datenschutzkommission wird wie folgt gewählt:
Vorsitz: Mirjam Amann, Landstrasse 1, 9490 Vaduz
Stv. der Vorsitzenden: Elmar Hasler, Mühlegass 58, 9487 Gamprin
Mitglied: Remo Mairhofer, In der Fina 14, 9494 Schaan
Ersatzmitglieder: Dr. Roger Beck, Im Fetzer 14, 9494 Schaan und Jürgen Schädler, Schulstrasse 22, 9485 Nendeln
 - Wahl des Präsidenten des Obergerichtes
Als Präsident des Obergerichtes wird gewählt:
lic.iur. Uwe Öhri, Rosenstrasse 54, 9493 Mauren
 - Wahl des ersten Stellvertreters des Präsidenten des Obergerichtes
Als erster Stellvertreter des Präsidenten des Obergerichtes wird gewählt:
Dr. Dieter Santner, Ölrainstrasse 26 b, A-6900 Bregenz
 - Wahl des zweiten Stellvertreters des Präsidenten des Obergerichtes
Als zweiter Stellvertreter des Präsidenten des Obergerichtes wird gewählt:
lic.iur. Jürgen Nagel LL.M., Unnothstrasse 23, 9430 St. Margrethen
 - Wahl einer Landrichterin
Als Landrichterin wird gewählt:
lic.iur. Vera Hasler, Alvierweg 12, 9490 Vaduz
 - Wahl eines Oberrichters
Als Oberrichter wird gewählt:
lic.iur. et oec. Rudolf Fehr, Römerstrasse 2, 9485 Nendeln
 - Genehmigung eines Ergänzungskredites für die Teilnahme an der 3. Generation der europäischen Bildungsprogramme «Programm zum lebenslangen Lernen (2007 – 2013)» (Nr. 18/2014)
Der Ergänzungskredit wird genehmigt.
 - Tätigkeitsbericht 2013 der Datenschutzstelle
Der Tätigkeitsbericht wird zur Kenntnis genommen.
 - Bericht über die Justizpflege 2013 der Gerichte (Nr. 20/2014)
Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
 - Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2013 der Liechtensteinischen Gasversorgung (Nr. 24/2014)
Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung werden zur Kenntnis genommen.
 - Geschäftsbericht 2013 (Jahresbericht und Jahresrechnung) der Finanzmarktaufsicht (FMA) Liechtenstein (Nr. 29/2014)
Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen.
 - Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2013 des Liechtensteinischen Rundfunks (LRF) (Nr. 30/2014)
Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung werden zur Kenntnis genommen.
 - Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2013 der Liechtensteinischen Kraftwerke (Nr. 39/2014)
Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung werden zur Kenntnis genommen.
 - Geschäftsbericht und Finanzbericht 2013 der Liechtensteinischen Post AG (Nr. 37/2014)
Der Geschäfts- sowie der Finanzbericht werden zur Kenntnis genommen.
 - Geschäftsbericht 2013 der Telecom Liechtenstein AG (Nr. 38/2014)
Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen.
 - Abkommen vom 27. Juni 2013 zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Republik Singapur zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen (Nr. 25/2014)
Dem Abkommen wird zugestimmt.
 - Abkommen vom 27. September 2013 zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Regierung Maltas zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (Nr. 26/2014)
Dem Abkommen wird zugestimmt.
 - Abkommen vom 29. November 2013 zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Regierung der Republik Südafrika über den Informationsaustausch in Steuersachen (Nr. 27/2014)
Dem Abkommen wird zugestimmt.
 - Abkommen vom 27. Januar 2014 zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Regierung der Volksrepublik China über den Informationsaustausch in Steuersachen (Nr. 28/2014)
Dem Abkommen wird zugestimmt.
 - Einbürgerungsgesuch von Amra Mujanovic, Essanestrasse 118, 9492 Eschen
Der Einbürgerung wird vorbehaltlich der Zustimmung durch S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein zugestimmt.
 - Abänderung des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (Abschaffung des Staatsbeitrages an die Arbeitslosenversicherung) (Nr. 22/2014); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
 - Abänderung des Gesetzes über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Umsetzung der Richtlinie 2011/77/EU zur Änderung der Richtlinie 2006/116/EG über die Schutzdauer des Urheberrechts und bestimmter verwandter Schutzrechte) (Nr. 23/2014); 1. und 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Abänderung des Gesetzes über das Öffentliche Auftragswesen und die Abänderung des Gesetzes über das Öffentliche Auftragswesen im Bereich der Sektoren (Nr. 34/2014); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
 - Diskussion über die Teilnahme Liechtensteins als Gastland am Zürcher Sechseläuten 2015
Die Diskussion wird abgehalten.
 - Beantwortung der Kleinen Anfragen
- Öffentliche Landtagssitzung vom 4./5./6. Juni 2014**
- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom

- 4./5./6. Juni 2014
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 9./10. April 2014
Das Protokoll wird genehmigt.
 - Anfrage des Abg. Christoph Wenaweser:
 - Lehren aus der Causa Jürgen Hermann
 - Anfrage der Abg. Judith Oehri:
 - Take-aways
 - Anfrage des Abg. Gerold Büchel:
 - Energiehandelsgeschäfte der LKW
 - Anfragen des Abg. Elfried Hasler:
 - Rhesi
 - Busabos für Schüler
 - Anfragen des Abg. Thomas Lageder:
 - Abrechnungen der Leistungserbringer im Gesundheitswesen
 - S-Bahn FL.A.CH
 - Electranten
 - Anfrage des Abg. Thomas Vogt:
 - Gegenrechtserklärungen mit den Schweizer Kantonen
 - Anfragen des Abg. Harry Quaderer:
 - Auftragsvergabe der Versichertenverwaltung der neu gegründeten Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein
 - Abstimmung am 15. Juni 2014
 - Anfragen der Abg. Helen Konzett Bargetze:
 - Aufnahme von Kontingentflüchtlingen aus Syrien
 - Zusammenlegung der Rettungsdienste im Kanton St. Gallen
 - Aufhebung des Ärztestopps in der Hausarztmedizin
 - Anfragen des Abg. Erich Hasler:
 - Tourismus
 - Uni Liechtenstein
 - Steuerliche Behandlung von Bussen und Strafen
 - Bruttoinlandsprodukt
 - Anfrage des Abg. Christoph Beck:
 - LIEmobil
 - Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
 - Sanktionierung fehlbarer Leistungserbringer im Gesundheitswesen
 - Sanierung der Pensionsversicherung für das Staatspersonal
 - Anfrage der Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller:
 - Private Seniorenbetreuungseinrichtungen
 - Anfrage des Abg. Frank Konrad:
 - Klassengrößen
 - Anfrage des Abg. Herbert Elkuch:
 - Aufweitung des Rheindamms in Liechtenstein
 - Anfragen des Abg. Wolfgang Marxer:
 - Petition Stadttunnel
 - Lastkraftwagenabfertigung am Grenzzollamt Schanwald-Tisis
 - Anfrage des Stv. Abg. Thomas Rehak:
 - S-Bahn FL.A.CH
 - Anfrage des Abg. Johannes Kaiser:
 - Berichte der FMA und FIU von unvermindert hohen Verdachtsfällen
 - Aktuelle Stunde: Klimaerwärmung – Kostentreiber – Wettbewerbsverzerrungen – Angst
Die Aktuelle Stunde wird abgehalten.
 - Kenntnisnahme der Eignerstrategie für die Liechtensteinischen Kraftwerke sowie der Beteiligungsstrategie für die Telecom Liechtenstein AG (Nr. 55/2014)
Die Eigner- sowie die Beteiligungsstrategie werden zur Kenntnis genommen.
 - Parlamentarische Initiative zur Senkung der 8%-Sperrklausel bei Landtagswahlen auf 5% der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 1. November 2013 – Stellungnahme der Regierung (Nr. 45/2014); 1. Lesung
Das Initiativbegehren (Gesetzes- und Verfassungsvorschlag) wird in 1. Lesung beraten.
 - Parlamentarische Initiative zur Neuregelung des Verhältnisses zwischen dem Staat und den Religionsgemeinschaften zur Abänderung der Verfassung sowie des Religionsgemeinschaftengesetzes der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 22. April 2014 – Stellungnahme der Regierung (Nr. 57/2014)
Das Initiativbegehren wird abgelehnt.
 - Interpellationsbeantwortung betreffend gemeinnützige Wohnbautätigkeiten (Nr. 47/2014)
Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
 - Postulatsbeantwortung zur Verbesserung der Situation von Frauen im Schwangerschaftskonflikt (Nr. 52/2014)
Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen und das Postulat abgeschrieben.
 - Postulat zur Einführung des schweizerischen Tarifsystems «Tarmed» der Abgeordneten Herbert Elkuch, Erich Hasler, Harry Quaderer und Pio Schurti vom 1. Mai 2014
Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
 - Wahl eines Ad-hoc-Vorsitzenden der Beschwerdekommision für Verwaltungsangelegenheiten für das Verfahren VBK 2014/27
Als Ad-hoc-Vorsitzender wird gewählt:
lic.iur. Stefan Hassler, Im Rösle 3, 9494 Schaan
 - Staatsbeitrag an die Kosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung der übrigen Versicherten für die Jahre 2015, 2016 und 2017 (Nr. 42/2014)
Der Staatsbeitrag für die Jahre 2015, 2016 und 2017 wird auf jährlich 33 Mio. Franken festgelegt.
 - Bericht von Landtag, Regierung und Gerichten 2013 (Rechenschaftsbericht) (Nr. 41/2014)
Der Rechenschaftsbericht sowie die Landesrechnung für das Jahr 2013 werden genehmigt. Ausserdem wird der Verrechnung des Aufwandüberschusses mit den Eigenmitteln zugestimmt.
 - Bericht der Finanzkontrolle über die Prüfung der Landesrechnung 2013

- Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
 - Tätigkeitsbericht 2013 der Finanzkontrolle
Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
 - Verkehrsdienstebericht 2014 (Nr. 48/2014)
Dem Bericht sowie dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
 - Geschäfts- und Revisionsbericht 2013 des Liechtensteinischen Landesspitals (Nr. 43/2014) [gekürzte Beratung]
Der Geschäfts- und Revisionsbericht wird zur Kenntnis genommen.
 - Geschäftsbericht 2013 der Liechtensteinischen Landesbank AG (Nr. 49/2014) [gekürzte Beratung]
Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen.
 - Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2013 der Liechtensteinischen AHV-IV-FAK-Anstalten (Nr. 50/2014) [gekürzte Beratung]
Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung werden zur Kenntnis genommen.
 - Geschäftsbericht 2013 des Verkehrsbetriebs LIECHTENSTEINmobil (Nr. 56/2014) [gekürzte Beratung]
Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen.
 - Abänderung des Gesetzes über das Öffentliche Auftragswesen und die Abänderung des Gesetzes über das Öffentliche Auftragswesen im Bereich der Sektoren (Nr. 34/2014); [1. Lesung: 8. Mai 2014]; 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Reform des Kindschaftsrechts (Nr. 93/2013); [1. Lesung: 6. Dezember 2013] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 44/2014); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Abänderung des Wohnbauförderungsgesetzes (Abschaffung der Kindersubventionen) (Nr. 10/2014); [1. Lesung: 13. März 2014]; 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Bereinigung der Anlagen I und II zum Zollvertrag (LGBl. 2014 Nr. 116)
Die Bereinigungen werden zur Kenntnis genommen.
 - Abänderung des Gesetzes über die internationale Amtshilfe in Steuersachen (Steueramtshilfegesetz, SteAHG) sowie die Abänderung des Gesetzes über die Amtshilfe in Steuersachen mit den Vereinigten Staaten von Amerika (Steueramtshilfegesetz-USA, AHG-USA) (Nr. 54/2014); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
 - Durch die Reorganisation des Amtes für Bevölkerungsschutz notwendige Gesetzesänderungen (Nr. 35/2014); 1. und 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Abänderung des Rechtsanwaltsgesetzes (Grenzüberschreitende Dienstleistungserbringung) (Nr. 36/2014); 1. und 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Abänderung des Gerichtsorganisationsgesetzes und des Besoldungsgesetzes (Umstrukturierung beim Kriminal- und beim Obergericht) (Nr. 46/2014); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten
 - Totalrevision des Heilmittelgesetzes (HMG) sowie die Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 51/2014); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
 - Abänderung des Gesetzes über die Bezüge der Mitglieder der Regierung, der Gerichtshöfe und der Kommissionen (Neuregelung der Entschädigung der nebenamtlichen Richter und der Ad-hoc-Richter) (Nr. 53/2014); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
 - Beantwortung der Kleinen Anfragen
Die Kleinen Anfragen werden beantwortet.
- Öffentliche Landtagssitzung vom 3./4./5. September 2014**
- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 3./4./5. September 2014
 - Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 7./8. Mai 2014
Das Protokoll wird genehmigt.
 - Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 4./5./6. Juni 2014
Das Protokoll wird genehmigt.
 - Anfrage des Abg. Alois Beck:
 - Entwicklung des liechtensteinischen Gesellschaftswesens
 - Anfrage des Abg. Elfried Hasler:
 - Baugesuche für Solaranlagen
 - Anfrage des Abg. Christoph Beck:
 - LIEmobil
 - Anfragen der Abg. Judith Oehri:
 - radikal-islamistische Terrororganisationen
 - Rassendiskriminierung
 - Anfragen des Abg. Thomas Lageder:
 - Staatsangehörigkeit und AHV- bzw. Rentenbezug aus einer Pensionskasse
 - Medienförderung
 - Mineralölsteuer
 - Anfrage des Abg. Harry Quaderer:
 - S-Bahn FL.A.CH
 - Anfragen der Abg. Karin Rüdissler-Quaderer:
 - Arbeitsgruppe Tagesstrukturen
 - Früherfassung erkrankter Lehrpersonen an den öffentlichen Schulen
 - Anfragen der Abg. Helen Konzett Bargetze:
 - Mutter-Kind-Pass
 - Broschüre «Back Academy – Rückenschule an Primarschulen»
 - Anfragen des Stv. Abg. Patrick Risch:
 - Bewirtschaftungsbeiträge für Magerwiesen in Bauzonen

- Staat und Kirche
- Transatlantic Trade and Investment Partnership
- Anfragen des Abg. Christoph Wenaweser:
 - grenzüberschreitende Dienstleistungen
 - betriebliche Personalvorsorge
- Anfrage des Abg. Thomas Vogt:
 - sozialpsychiatrische und sozialpädagogische Versorgung im Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbereich
- Anfrage des Abg. Christian Batliner:
 - Schulinspektoren
- Anfragen des Abg. Erich Hasler:
 - Hinterlegungspflicht der Jahresrechnungen
 - Verkauf der deep AG
- Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
 - Wohnbaugenossenschaft Liechtenstein
- Anfragen des Abg. Herbert Elkuch:
 - Dienstreglement für Postautochauffeure
 - Electranten
- Anfrage des Abg. Peter Büchel:
 - Jugendarbeitslosigkeit
- Aktuelle Stunde: Wie solidarisch soll Liechtenstein sein?
Die Aktuelle Stunde wird abgehalten.
- Volksinitiative «Pensionskasse win-win» – Kenntnisnahme des Abstimmungsergebnisses
Das Abstimmungsergebnis wird zur Kenntnis genommen.
- Volksinitiative «WinWin50» – Kenntnisnahme des Abstimmungsergebnisses
Das Abstimmungsergebnis wird zur Kenntnis genommen.
- Interpellationsbeantwortung betreffend die Energiestrategie 2020 (Nr. 62/ 2014)
Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Interpellationsbeantwortung betreffend die Liechtensteinische Landesbank AG (Nr. 68/2014)
Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Interpellationsbeantwortung betreffend die Standortförderung in Liechtenstein (Nr. 71/2014)
Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Interpellation zum Tourismus der Abgeordneten Herbert Elkuch, Erich Hasler, Harry Quaderer und Pio Schurti vom 27. Mai 2014
Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
- Interpellation zur Pauschalbesteuerung der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 4. August 2014
Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
- Interpellation zur Aufdeckung von Vergehen durch die im Rahmen der letzten Steueramnestie erhaltenen Daten der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 4. August 2014
Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
- Wahl von Richtern und Ersatzrichtern des Obersten Gerichtshofes
Als Richter und Ersatzrichter des OGH werden gewählt:
Präsident: Prof. Dr. Hubertus Schumacher, Kaiserjägerstrasse 18, A-6020 Innsbruck
Stv. Präsident: Dr. Walter Krabichler, Ampfererstrasse 5, A-6020 Innsbruck
Richter: Dr. Marie-Theres Frick, Im Ganser 4, 9494 Schaan, Dr. Lothar Hagen, Forststrasse 77, A-6890 Lustenau, Dr. Thomas Hasler, Aeulestrasse 60, 9490 Vaduz, lic.iur. HSG Thomas Ritter, Fürst-Franz-Josef-Str. 25, 9493 Mauren, Dr. Wigbert Zimmermann, Maximilianstrasse 4, A-6020 Innsbruck
Ersatzrichter: Dr. Stefan Becker, Jägerweg 7, 9490 Vaduz, Dr. Ingrid Brandstätter, Maximilianstrasse 4, A-6020 Innsbruck, lic.iur. Rolf Sele, Rheinau 7, 9495 Triesen, lic.iur. Marcel Telser, Am Bach 8, 9495 Triesen
- Wahl eines Richters des Verwaltungsgerichtshofes
Als Richter des VGH wird gewählt:
lic.iur. HSG Adrian Rufener, Schlosshaldenstrasse 24, CH-9300 Wittenbach
- Wahl eines Ersatzrichters des Verwaltungsgerichtshofes
Als Ersatzrichter des VGH wird gewählt:
Mag.iur. Raphael Näscher, Pflugstrasse 16, 9490 Vaduz
- Wahl von zwei Ad-hoc-Richtern des Staatsgerichtshofes für das Verfahren StGH 2013/116
Als Ad-hoc-Richter des StGH werden gewählt:
lic.iur. HSG Daniel Seger, Gampgasse 14, 9493 Mauren
Dr. Markus Wanger, Äulestrasse 45, 9490 Vaduz
- Wahl eines Ad-hoc-Richters des Staatsgerichtshofes für das Verfahren StGH 2013/141
Als Ad-hoc-Richter des StGH wird gewählt:
Dr. Peter Wolff, Mitteldorf 1, 9490 Vaduz
- Wahl eines Ad-hoc-Richters des Staatsgerichtshofes für das Verfahren StGH 2013/150
Das Traktandum wird abgesetzt.
- Abänderung des Finanzbeschlusses über die Ausrichtung von Beiträgen an die Bürgergenossenschaft Balzers für die Reduktion von staatlichen Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Betrieb eines Holzheizwerkes (Nr. 65/2014)
Der Abänderung des Finanzbeschlusses wird zugestimmt.
- Abänderung des Steuergesetzes (Nr. 15/2014); [1. Lesung: 10. April 2014] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 66/2014); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Reform des Namensrechts (Nr. 16/2014); [1. Lesung: 10. April 2014] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 59/2014); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (Abschaf-

- fung des Staatsbeitrages an die Arbeitslosenversicherung) (Nr. 22/2014); [1. Lesung: 8. Mai 2014]
- Stellungnahme der Regierung (Nr. 60/2014); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Abänderung des Gerichtsorganisationsgesetzes und des Besoldungsgesetzes (Umstrukturierung beim Kriminal- und beim Obergericht) (Nr. 46/2014); [1. Lesung: 6. Juni 2014] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 70/2014); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Bewilligung von Nachtragskrediten I/2014 (Nr. 61/2014)
Die Nachtragskredite werden bewilligt.
 - Subvention für die Übernahme von Sozialräumen durch die Liechtensteinische Alters- und Krankenhilfe (LAK) (Nr. 73/2014)
Der Subventionsantrag wird genehmigt.
 - Einbürgerungsgesuch von Michael Weninger, St. Georgstrasse 81A, 9488 Schellenberg
Der Einbürgerung wird zugestimmt.
 - Abänderung des Treuhändergesetzes (Nr. 58/2014); 1. und 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Abänderung des Sachenrechts (SR) – Bodenverschiebung (Nr. 63/2014); 1. und 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Aufhebung des Gesetzes über die Vermittlerämter sowie die Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 64/2014); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
 - Abänderung des Bankengesetzes und weiterer Gesetze (Nr. 67/2014); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
 - Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (Segmentierte Verbandsperson/-Protected Cell Company) (Nr. 69/2014); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
 - Abänderung des Gesetzes über die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien (Energieeffizienzgesetz; EEG) (Nr. 72/2014); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
 - Beantwortung der Kleinen Anfragen
Die Kleinen Anfragen werden beantwortet.
- Öffentliche Landtagssitzung vom 1./2. Oktober 2014**
- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 1./2. Oktober 2014
 - Anfragen der Abg. Karin Rüdissler-Quaderer:
 - Holzheizwerk Balzers und das Abfallprodukt Asche
 - fehlende Leistungsvereinbarung mit dem Heilpädagogischen Zentrum
 - Anfrage der Abg. Judith Oehri:
 - EU-Bildungsprogramm
 - Anfrage des Abg. Christoph Beck:
 - Kinderzulagen für Ausländer
 - Anfrage des Abg. Alois Beck:
 - Stärkung des Philanthropiestandortes Liechtenstein
 - Anfragen der Abg. Helen Konzett Bargetze:
 - Instandhaltungspflicht denkmalgeschützter Bauten in Privatbesitz
 - Realschulinspektorat
 - Konsultationen im UVP-Verfahren zum Stadttunnel Feldkirch
 - Anfrage des Abg. Thomas Vogt:
 - HPZ
 - Anfrage des Abg. Johannes Kaiser:
 - Steueramnestie
 - Anfrage des Stv. Abg. Manfred Kaufmann:
 - Bildungsstrategie 2020
 - Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
 - Mehrbelastung durch Streichung des Freibetrages bei Renten der Pensionsversicherung im Steuergesetz
 - Steuerbelastung eines Arzteinkommens
 - Anfrage der Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller:
 - Radikalisierung muslimischer Jugendlicher
 - Anfragen des Stv. Abg. Andreas Heeb:
 - Verschmutzung des Scheidgrabens
 - Nationaler Bericht zur Umsetzung des Übereinkommens über die biologische Vielfalt im Fürstentum Liechtenstein
 - Anfragen des Abg. Christoph Wenaweser:
 - Vortatenkatalog zur Geldwäscherei
 - automatischer Informationsaustausch
 - Stellenabbau beim Schulamt
 - Anfragen des Abg. Wolfgang Marxer:
 - Kirche – Staat
 - Regierungsvorlagen für 2014
 - Senkung des Wahlrechtsalters
 - Anfragen des Abg. Pio Schurti:
 - Unterland in der Landesverwaltung
 - nicht-liechtensteinische Angestellte in der Landesverwaltung
 - Verordnung über die Personensicherheitsprüfungen
 - JUFA-Hotel
 - Aktuelle Stunde
Die Aktuelle Stunde entfällt.
 - Interpellationsbeantwortung betreffend die nachhaltige Reduktion des Personal- und Sachaufwandes in der Landesverwaltung und zu Strukturreformen im Staatswesen (Nr. 80/2014)
Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
 - Interpellation zur Kindergartenpflicht fremdsprachiger Kinder der Abgeordneten Manfred Batliner, Alois Beck, Gerold Büchel, Albert Frick, Elfried Hasler, Johannes Kaiser, Wendelin Lampert, Eugen Nägele und Christine Wohlwend vom 25. August 2014
Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.

- Interpellation Gewässerschutz der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 31. August 2014
Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
- Parlamentarische Initiative zur Senkung der 8%-Sperrklausel bei Landtagswahlen auf 5%; 2. Lesung
Die parlamentarische Initiative wird in 2. Lesung beraten und abgelehnt.
- Genehmigung eines Verpflichtungskredites für die Teilnahme an der 4. Generation der Europäischen Bildungsprogramme «Erasmus+» (2014 – 2020) (Nr. 77/2014)
Der Kredit wird genehmigt.
- Änderung des Protokolls von Kyoto zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (Kyoto II) (Nr. 79/2014)
Der Abänderung des Protokolls wird zugestimmt.
- Anpassung des Abkommens zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Regierung von St. Vincent und den Grenadinen über den Informationsaustausch in Steuersachen (Nr. 82/2014)
Der Anpassung des Abkommens wird zugestimmt.
- Abkommen zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Verbesserung der internationalen Steuercompliance und zur Umsetzung von FATCA sowie das Protokoll zur Abänderung des Übereinkommens vom 8. Dezember 2008 über die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch in Steuersachen (Nr. 83/2014)
Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Gesetz über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und den Vereinigten Staaten von Amerika (FATCA-Gesetz) (Nr. 81/2014); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Kenntnisnahme der Eignerstrategien der Liechtensteinischen Gasversorgung (LGV) und der Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) (Nr. 84/2014)
Die Eignerstrategien werden zur Kenntnis genommen.
- Einbürgerungsgesuch von Thogurtsang Jangchen Lamo, Unterm Schloss 89, 9496 Balzers
Dem Einbürgerungsgesuch wird zugestimmt.
- Einbürgerungsgesuch von Thogurtsang Jangchen Lamo, Unterm Schloss 89, 9496 Balzers
Dem Einbürgerungsgesuch wird zugestimmt.
- Einbürgerungsgesuch von Thogurtsang Jangchen Lamo, Unterm Schloss 89, 9496 Balzers
Dem Einbürgerungsgesuch wird zugestimmt.
- Einbürgerungsgesuch von Thogurtsang Jangchen Lamo, Unterm Schloss 89, 9496 Balzers
Dem Einbürgerungsgesuch wird zugestimmt.
- Abänderung des Zahlungsdienstegesetzes (ZDG) (Nr. 74/2014); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes gegen den Marktmissbrauch im Handel mit Finanzinstrumenten (Marktmissbrauchsgesetz; MG) (Nr. 75/2014); 1. Lesung

- Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Mehrwertsteuergesetzes (Nr. 78/2014); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Berufsbildungsgesetzes (BBG) und weiterer Gesetze (StipG; ALVG) (Nr. 76/2014); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen
Die Kleinen Anfragen werden beantwortet.

Öffentliche Landtagssitzung vom 5./6./7. November 2014

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 5./6./7. November 2014
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 3./4./5. September 2014
Das Protokoll wird genehmigt.
- Kleine Anfragen
Die Kleinen Anfragen werden gestellt.
- Aktuelle Stunde: Sterbehilfe
Die Aktuelle Stunde wird abgehalten.
- Postulatsbeantwortung betreffend die Zuschlagskriterien im Gesetz über das öffentliche Auftragswesen (Nr. 91/2014)
Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen und das Postulat abgeschrieben.
- Postulatsbeantwortung betreffend nachhaltige und gesicherte Finanzierung der LIEmobil (Nr. 95/2014)
Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen und das Postulat abgeschrieben.
- Parlamentarische Initiative zum Mobilitätsmanagement der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder, Wendelin Lampert, Violanda Lanter-Koller, Wolfgang Marxer, Eugen Nägele, Karin Rüdissler-Quaderer und Christoph Wenaweser vom 1. Oktober 2014 (Nr. 118/2014)
Die Initiative wird abgelehnt.
- Interpellation zu einem Staatsvertrag für den ökologischen Zustand des Alpenrheins der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 1. Oktober 2014
Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
- Postulat zur Überprüfung der Abschaffung bzw. Lockerung der Prüfungs- bzw. Reviewpflicht für Klein- und Kleinstunternehmen der Abgeordneten Christian Batliner, Alois Beck, Gerold Büchel, Albert Frick, Elfried Hasler, Johannes Kaiser, Wendelin Lampert, Eugen Nägele und Christine Wohlwend vom 2. Oktober 2014
Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
- Motion zur Aufhebung der Revisionspflicht für Klein- und Kleinstunternehmen der Abgeordneten Herbert Elkuch, Erich Hasler, Harry Quaderer und Pio Schurti vom 2. Oktober 2014
Die Motion wird zurückgezogen.
- Motion zur Betrieblichen Personalvorsorge der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder

- und Wolfgang Marxer vom 3. Oktober 2014
Die Motion wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Mittelfristige Planung staatlicher Bauten und Anlagen (Hochbautenbericht 2015) (Nr. 96/2014)
Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
 - Bau und Sanierung der Verkehrsinfrastruktur in Liechtenstein für das Jahr 2015 (Verkehrsinfrastrukturbericht 2015) (Nr. 94/2014)
Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
 - Schulstandorte- und Schulraumplanung (im Besonderen SZM I, SZU II, RSS) sowie die Genehmigung eines Verpflichtungskredites für die Errichtung eines Schulraumprovisoriums beim SZM I in Vaduz (Nr. 98/2014)
Der Bericht wird zur Kenntnis genommen und dem Kredit wird zugestimmt.
 - Finanzplanung 2015 – 2018 (Nr. 90/2014)
Der Bericht wird zur Kenntnis genommen und es wird zugestimmt, dass die Investitionen für das Projekt S-Bahn FL.A.CH. gemäss Art. 27 Abs. 3 des Finanzhaushaltsgesetzes für die Berechnung der Eckwerte des Finanzleitbildes ausgenommen werden.
 - Landesvoranschlag und Finanzgesetz für das Jahr 2015 (Nr. 89/2014)
Der Landesvoranschlag wird genehmigt und dem Antrag der Regierung wird zugestimmt. Das Finanzgesetz wird in 1. und 2. Lesung beraten und für dringlich erklärt.
 - Abänderung des Tierschutzgesetzes (Nr. 13/2014); [1. Lesung: 10. April 2014] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 86/2014); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Abänderung des Gesetzes über die Bezüge der Mitglieder der Regierung, der Gerichtshöfe und der Kommissionen (Neuregelung der Entschädigung der nebenamtlichen Richter und der Ad-hoc-Richter) (Nr. 53/2014); [1. Lesung: 6. Juni 2014] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 93/2014); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Abänderung des Bankengesetzes und weiterer Gesetze (Nr. 67/2014); [1. Lesung: 5. September 2014] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 97/2014); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (Segmentierte Verbandsperson/Protected Personen- und Gesellschaftsrechts (Segmentierte Verbandsperson/Protected Cell Company) (Nr. 69/2014); [1. Lesung: 5. September 2014] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 100/2014); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Abänderung des Gesetzes gegen den Marktmissbrauch im Handel mit Finanzinstrumenten (Marktmissbrauchsgesetz; MG) (Nr. 75/2014); [1. Lesung: 2. Oktober 2014] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 101/2014); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 2. Dezember 2004 über die Immunität der Staaten und ihres Vermögens von der Gerichtsbarkeit (Nr. 85/2014)
Dem Übereinkommen wird zugestimmt.
 - Genehmigung des Vertrags über den Waffenhandel (Nr. 92/2014)
Dem Vertrag wird zugestimmt.
 - Einbürgerungsgesuch von Margaritha Standfest, Im Rösle 8a, 9494 Schaan
Dem Gesuch wird zugestimmt.
 - Einbürgerungsgesuch von Ajsa Becirevic und Elma Draganovic, Reberastrasse 6, 9494 Schaan
Dem Gesuch wird zugestimmt.
 - Einbürgerungsgesuch von Aton, Almira, Altin und Albin Rizanaj, Feldkircherstrasse 72, 9494 Schaan
Dem Gesuch wird zugestimmt.
 - Abänderung des Gesetzes vom 4. September 2014 über die Abänderung des Steuergesetzes (Nr. 117/2014); 1. und 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Abänderung des Staatspersonalgesetzes (StPG) und weiterer Gesetze (Nr. 87/2014); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
 - Abänderung des Gesetzes über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Umsetzung der Richtlinie 2012/28/EU des europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über bestimmte zulässige Formen der Nutzung verwaister Werke) (Nr. 88/2014); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
 - Abänderung des Gesetzes über die Krankenversicherung (Krankenversicherungsgesetz; KVG) (Nr. 99/2014); 1. und 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Beantwortung der Kleinen Anfragen
Die Kleinen Anfragen werden beantwortet.
- Öffentliche Landtagssitzung vom 3./4./5. Dezember 2014**
- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 3./4./5. Dezember 2014
 - Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 1./2. Oktober 2014
Das Protokoll wird genehmigt.
 - Kleine Anfragen
Die Kleinen Anfragen werden gestellt.
 - Aktuelle Stunde
Die Aktuelle Stunde entfällt.
 - Interpellation zum Thema Früherfassung und Absenzen-Management bei Lehrpersonen an öffentlichen Schulen der Abgeordneten Christoph Beck, Peter Bü-

- chel, Frank Konrad, Violanda Lanter-Koller, Judith Oehri, Karin Rüdissler-Quaderer, Thomas Vogt und Christoph Wenaweser vom 3. November 2014
Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
- Postulatsbeantwortung betreffend die Einführung des schweizerischen Tarifsystems «Tarmed» (Nr. 109/2014)
Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen und das Postulat abgeschrieben.
 - Postulatsbeantwortung betreffend die Bedeutung und Sinnhaftigkeit des Instituts des Gemeindebürgerrechts (Nr. 112/2014)
Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen und das Postulat abgeschrieben.
 - Interpellationsbeantwortung betreffend die Besteuerung nach Aufwand (Pauschalbesteuerung) (Nr. 104/2014)
Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
 - Interpellationsbeantwortung betreffend die Ausgestaltung des Medienförderungsgesetzes (Nr. 114/2014)
Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
 - Postulat zur Sicherung der Progression bei der Einkommens- und Vermögenssteuer der Abgeordneten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer vom 27. Oktober 2014
Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
 - Interpellation betreffend Massnahmen gegen die Verbreitung von radikalem Gedankengut der Abgeordneten Christoph Beck, Peter Büchel, Frank Konrad, Violanda Lanter-Koller, Judith Oehri, Karin Rüdissler-Quaderer, Thomas Vogt und Christoph Wenaweser vom 20. Oktober 2014
Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
 - Interpellation zur Alpwirtschaft der Abgeordneten Christoph Beck, Peter Büchel, Frank Konrad, Violanda Lanter-Koller, Judith Oehri, Karin Rüdissler-Quaderer, Thomas Vogt und Christoph Wenaweser vom 3. November 2014
Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
 - Interpellation zur Familienpolitik der Abgeordneten Christoph Beck, Peter Büchel, Frank Konrad, Violanda Lanter-Koller, Judith Oehri, Karin Rüdissler-Quaderer, Thomas Vogt und Christoph Wenaweser vom 3. November 2014
Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
 - Teilwahl der Beschwerdekommision der Finanzmarktaufsicht (Wahl von einem Mitglied sowie von zwei Ersatzmitgliedern)
Die Beschwerdekommision der FMA wird wie folgt bestellt (Teilwahl):
Mitglied: Daniel Oehry, Alemannenstrasse 30, 9492 Eschen
Ersatzmitglied: David Meier, Bangarten 11, 9490 Vaduz
Ersatzmitglied: Stefan Schädler, Bächliweg 19, 9495 Triesen
 - Wahl eines Richters sowie von zwei Ersatzrichtern des Staatsgerichtshofes
Als Richter bzw. Ersatzrichter des StGH werden wie folgt bestellt:
Richter: lic.iur. Christian Ritter, Im Mühleholz 1, 9490 Vaduz
Ersatzrichter: Dr. Peter Schierscher, Kirchstrasse 6, 9490 Vaduz
Ersatzrichter: Dr. Hugo Vogt, Landstrasse 11, 9495 Triesen
 - Wahl eines Richters sowie von zwei Ersatzrichtern des OGH
Als Richter bzw. Ersatzrichter des OGH werden wie folgt bestellt:
Richter: lic.iur. Christian Zingg, Sustenweg 2, CH-8048 Zürich
Ersatzrichter: Dr. Anton K. Schnyder, Freiestrasse 15, CH-8048 Zürich
Ersatzrichter: Dr. Wolfram Purtscheller, Maximilianstrasse 4, A-6020 Innsbruck
 - Wahl von Richtern und stellvertretenden Richtern des Obergerichtes
Als Richter bzw. stv. Richter des OG werden wie folgt bestellt:
Stv. Senatsvorsitzender: Dr. Dietmar Baur, Duxgass 55, 9494 Schaan
Stv. Senatsvorsitzender: Konrad Lanser, Bahngasse 9, A-6850 Dornbirn
Stv. Senatsvorsitzender: Dr. Thomas Schmid, Hinteroferstrasse 4a, A-6714 Nüziders
Stv. Beisitzer: Dr. Heinz Bildstein, Belruptstrasse 42a/12, A-6900 Bregenz
Richter: Dr. Josef Fehr, Rinckenwingert 9, 9492 Eschen
Richterin: Claudia Schädler-Bissig, Toniäulestrasse 4, 9490 Vaduz
Richter: Hansrudi Sele, Pradafant 1, 9490 Vaduz
Stv. Richter: Rolf Feger, Am Irkales 7, 9490 Vaduz
Stv. Richter: Arnold Matt, Purtscher 7, 9493 Mauren
Stv. Richterin: Ruth Ospelt-Niepelt, Holdergasse 2, 9490 Vaduz
 - Wahl von Richtern und stellvertretenden Richtern des Kriminalgerichtes
Als Richter bzw. stv. Richter des KG werden wie folgt bestellt:
Richter: Thomas Bischof, Gärtli 29, CH-9475 Sevelen
Richter: Martin Frommelt, Bardellaweg 40, 9494 Schaan
Richterin: Sonja Hersche, Weiherring 120, 9493 Mauren
Stv. Richter: Erwin Gassner, Zöllnersteig 10, 9493 Mauren
Stv. Richter: Gerold Schädler, Im Täscherloch 49, 9497 Triesenberg
Stv. Richterin: Daniela Wellenzohn-Erne, Feldstrasse 75, 9495 Triesen
 - Wahl von Richtern und stellvertretenden Richtern des Jugendgerichtes
Als Richter bzw. stv. Richter des JG werden wie folgt gewählt:

- Richter: Daniel Hasler, Kohlmahd 19, 9485 Nendeln
 Richter: Lukas Laternser-Foser, Pralawisch 12, 9496 Balzers
 Stv. Richter: Alice Biedermann-Schurti, Reberastrasse 50, 9494 Schaan
 Stv. Richter: Hansjörg Frick, Unterm Schloss 14, 9496 Balzers
- Wahl von zwei vollamtlichen Beisitzern des Obergerichts
 Als vollamtliche Beisitzer des OG werden wie folgt gewählt:
 lic.iur. Willi Büchel, Gamslafina 24, 9496 Balzers
 Dr. Wilhelm Ungerank, Badäl 225, 9487 Gamprin
 - Wahl von zwei Landrichterinnen
 Als Landrichterinnen werden wie folgt gewählt:
 Mag. iur. Martina Herberstein, Neugasse 6, 9490 Vaduz
 M.A. HSG Monika Büchel, Altenbach 15, 9490 Vaduz
 - Wahl eines Stellvertreters für den Landgerichtspräsidenten
 Als Stellvertreter des Landgerichtspräsidenten wird wie folgt gewählt:
 lic.iur. Carlo Ranzoni, Wenigerstrasse 28, CH-9011 St. Gallen
 - Genehmigung der Umwidmung des Vaduzer Grundstücks Nr. 708 vom Finanzvermögen in das Verwaltungsvermögen (Nr. 102/2014)
 Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
 - Anpassung des Faktors (k) zur Festlegung des Mindestfinanzbedarfs für die Finanzausgleichsperiode 2016 – 2019 (Nr. 105/2014)
 Der Faktor(k) zur Bestimmung des Mindestfinanzbedarfs für die Finanzausgleichsperiode 2016 – 2019 wird mit 0.71 festgelegt.
 - Leistung einer Bürgschaft zu Gunsten der Schweizerischen Post AG (Nr. 107/ 2014)
 Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
 - Genehmigung eines Verpflichtungskredites für die Teilnahme an der OLMA 2016 (Nr. 119/2014)
 Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
 - Liste über den Stand der Bearbeitung der parlamentarischen Eingänge
 Die Liste wird zur Kenntnis genommen.
 - Totalrevision des Heilmittelgesetzes (HMG) sowie die Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 51/2014); [1. Lesung: 6. Juni 2014] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 110/2014); 2. Lesung
 Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Aufhebung des Gesetzes über die Vermittlerämter sowie die Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 64/2014); [1. Lesung: 4. September 2014] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 113/2014); 2. Lesung
 Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Abänderung des Gesetzes über die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien (Energieeffizienzgesetz; EEG) (Nr. 72/2014); [1. Lesung: 5. September 2014] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 121/2014); 2. Lesung
 Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Gesetz über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und den Vereinigten Staaten von Amerika (FATCA-Gesetz) (Nr. 81/2014); [1. Lesung: 2. Oktober 2014] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 106/2014); 2. Lesung
 Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Abänderung des Zahlungsdienstegesetzes (ZDG) (Nr. 74/2014); [1. Lesung: 2. Oktober 2014] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 120/2014); 2. Lesung
 Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Abänderung des Berufsbildungsgesetzes (BBG) und weiterer Gesetze (StipG; ALVG) (Nr. 76/2014); [1. Lesung: 2. Oktober 2014] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 108/2014); 2. Lesung
 Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Einbürgerungsgesuch von Renate Dey, Steinbösstrasse 54, 9493 Mauren
 Dem Einbürgerungsgesuch wird zugestimmt.
 - Einbürgerungsgesuch von Repolusks Aleksandrs, Landstrasse 361, 9495 Triesen
 Dem Einbürgerungsgesuch wird zugestimmt.
 - Einbürgerungsgesuch von Christian Marte, Badäl 219, 9487 Gamprin
 Dem Einbürgerungsgesuch wird zugestimmt.
 - Schaffung eines Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden (Gemeinde-Finanzhaushaltsgesetz; GFHG) (Nr. 103/2014); 1. Lesung
 Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
 - Abänderung des Strafgesetzbuches und der Strafprozessordnung (Schwangerschaftskonflikt) (Nr. 111/2014); 1. Lesung
 Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
 - Abänderung des Waldgesetzes und Abänderung des Beschwerdekommmissionsgesetzes (Nr. 115/2014); 1. Lesung
 Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
 - Abänderung des Umweltschutzgesetzes (Nr. 116/2014); 1. Lesung
 Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
 - Wahl des Landesausschusses
 Der Landesausschuss wird wie folgt gewählt:
 Herbert Elkuch
 Wolfgang Marxer
 Christoph Wenaweser
 Christine Wohlwend
 - Beantwortung der Kleinen Anfragen
 Die Antworten der Kleinen Anfragen werden verlesen.

Finanzkontrolle

Leiterin: Cornelia Lang

Als oberstes Fachorgan der Finanzaufsicht ist die unabhängige Finanzkontrolle, welche den Landtag und die Regierung in ihren Aufsichtsfunktionen unterstützt, zuständig für die Prüfung des gesamten Finanzhaushalts. Hauptbereiche der Tätigkeit der Finanzkontrolle sind die Prüfung der Landesrechnung, interne und externe Revisionen im Rahmen der Umsetzung des jährlichen Revisionsprogramms, die Ausübung der internen Finanzaufsicht sowie die Zusammenarbeit mit der Geschäftsprüfungskommission des Landtags.

Organisation

Die Finanzkontrolle ist mit einem Personalbestand von 5 Stellen organisatorisch dem Landtag zugeordnet.

Gesetzlicher Auftrag

Gemäss dem am 1. Januar 2010 in Kraft getretenen Finanzkontrollgesetz unterstützt die Finanzkontrolle als oberstes Fachorgan der Finanzaufsicht sowohl den Landtag bzw. die Geschäftsprüfungskommission bei der Ausübung ihrer verfassungsmässigen Finanzkompetenzen sowie ihrer Oberaufsicht über das öffentliche Finanzgebaren und die öffentliche Rechnungslegung als auch die Regierung bei der Ausübung ihrer Aufsichtsfunktion.

Die Aufgaben der Finanzkontrolle beinhalten die Prüfung der Landesrechnung, die Prüfung des Finanzgebarens und der Rechnungslegung von staatlichen Stellen sowie von öffentlichen Unternehmen, sofern dies spezialgesetzlich vorgesehen ist, die Prüfung von staatlichen Finanzhilfen und Abgeltungen, die Prüfung des öffentlichen Beschaffungswesens, die Prüfung der internen Kontrollsysteme auf ihre Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit sowie die Prüfung von IT-Systemen hinsichtlich ihrer Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Funktionalität.

Die Finanzkontrolle ist im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften selbständig und unabhängig. Sie ist in ihrer Prüfungstätigkeit nur dem Recht verpflichtet.

Umsetzung des Prüfauftrages

Revisionsprogramm

Das jährliche Revisionsprogramm, welches aufgrund der Kriterien der Wesentlichkeit und Risikoorientierung festgelegt wird, bildet die Basis für die durchzuführenden Prüfungen. In Umsetzung des Revisionsprogramms prüft die Finanzkontrolle die Landesrechnung, staatliche Stellen, öffentlich-rechtliche Stiftungen und Anstalten, interne Kontrollsysteme etc. Aufgrund von Konkordatsvereinbarungen der Regierung im Zusammenhang mit Bildungs- und Sozialinstitutionen in der Schweiz nimmt

die Finanzkontrolle auch dort Revisionsstellenmandate wahr. Als Revisionsorgan prüft sie die Mittelverwendung im Rahmen von EU-Programmen, welche im Inland stattfinden.

Informatik-Revisionen

Wesentliche Informatikprojekte in der Landesverwaltung werden, unter der Leitung der Finanzkontrolle, einer Informatik-Revision durch spezialisierte externe IT-Prüfungsgesellschaften unterzogen, wobei die ordnungsgemässe Projektabwicklung, die technische Umsetzung, der Umgang mit Risiken etc. überprüft wird.

Interne Finanzaufsicht

Im Bereich der internen Finanzaufsicht prüft die Finanzkontrolle Ausgaben hinsichtlich ihrer Rechtmässigkeit, Ordnungsmässigkeit und Wirtschaftlichkeit, verifiziert Bauabrechnungen und kontrolliert durch unangemeldete Prüfungen die Geldbestände von rechnungslegenden Stellen, öffentlich-rechtlichen Stiftungen und Anstalten sowie Schulen.

Tätigkeitsbericht

Einen ausführlichen Tätigkeitsbericht über Umfang, Schwerpunkte und Feststellungen ihrer Prüfungstätigkeit erstattet die Finanzkontrolle jährlich dem Landtag und der Regierung. Der Tätigkeitsbericht wird nach der Behandlung durch den Landtag auf der Homepage der Finanzkontrolle (www.fk.llv.li) veröffentlicht.

Zusammenarbeit mit der Geschäftsprüfungskommission

Mit der Geschäftsprüfungskommission des Landtags besteht eine intensive und wirkungsvolle Zusammenarbeit. Die Finanzkontrolle nimmt an den Sitzungen der Geschäftsprüfungskommission teil und informiert direkt über ihre Prüfungstätigkeiten. Die jeweiligen Prüfungsergebnisse und notwendige Massnahmen werden in den Sitzungen der Kommission zusammen mit der Regierung diskutiert und die weitere Vorgehensweise festgelegt.

Mitgliedschaften

Die Finanzkontrolle ist sowohl Mitglied der «Fachvereinigung der Finanzkontrollen der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein» als auch Mitglied der Internationalen und Europäischen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI und EUROSAI). Der Informations- und Erfahrungsaustausch über aktuelle Fachthemen, Prüfungsmethoden und Prüfungsstandards im öffentlichen Revisionsbereich sowie die Koordination von Weiterbildungsmassnahmen stehen im Zentrum dieser Mitgliedschaften.

Datenschutzstelle

Leiter: Dr. Philipp Mittelberger

Die Kernaufgaben der Datenschutzstelle (DSS) liegen in der Beratung, der Information und Sensibilisierung der Öffentlichkeit, der Aufsicht und der Führung des Registers der Datensammlungen. Die Zahl der Anfragen stieg im Berichtsjahr weiterhin an und erreichte neuerlich eine Höchstzahl.

Allgemeines

Wie im letzten Rechenschaftsbericht dargestellt, hat die DSS die Bereiche Finanzplatz, Gesundheit und Soziales, Jugendliche und Datensicherheit als Schwerpunkte für die kommenden Jahre definiert. Bei der Festlegung der Jahrestätigkeiten fanden diese Bereiche eine entsprechende Berücksichtigung. Insgesamt wird sowohl die Zusammenarbeit in Europa als auch die Vernetzung mit Institutionen in Liechtenstein immer wichtiger.

Im Berichtsjahr trat die Verordnung über die Datenschutzzertifizierungen (VDSZ) in Kraft. Anbieter können nun für ihre Produkte und ihre Organisation ein Datenschutzgütesiegel erwerben, welches für die jeweiligen Anspruchsgruppen Vertrauen schafft.

Am 1. Juli trat die abgeänderte Datenschutzverordnung (DSV) in Kraft. Eine der Änderungen bestimmt, dass Stellungnahmen und Gutachten der DSS seither kostenpflichtig sind. Die DSS muss hierzu die Anwendungskriterien ausarbeiten.

Beratung von Privatpersonen und Behörden

Die Beratung von Behörden und Privatpersonen (wozu sowohl Unternehmen und andere Organisationen als auch private Einzelpersonen gehören) ist eine Kernaufgabe. Im Berichtsjahr gingen insgesamt 682 Anfragen ein, was eine erneute Zunahme bedeutet. Der Aufwand für die Beantwortung kann – je nach Komplexität der Anfrage – sehr unterschiedlich sein.

Wie aus der nachfolgenden Auswertung ersichtlich, kommen die meisten Anfragen nach wie vor von der Landesverwaltung und anderen Behörden, gefolgt von privaten Einzelpersonen. Die deutliche Zunahme bei letzteren (von 98 auf 136) zeigt ein gesteigertes Bewusstsein für den Schutz der Privatsphäre. An dritter Stelle stehen Anfragen im Bereich Internationales (Artikel-29-Datenschutzgruppe, Europarat, ausländische Datenschutzbehörden usw.) und erst an vierter Stelle kommen Anfragen von Unternehmen der Privatwirtschaft.

Eine Einteilung der Anfragen in Sachgebiete ist nur ungefähr möglich, da eine Anfrage oft mehrere Themen betreffen kann.

	Anwalts- büros	Gemeinden	Industrie, Gewerbe, Dienstleistung	Inter- natio- nales	Landesver- waltung, Behörden	Medien	Privat- personen	Vereine, Total Verbände	Total
Datenschutz allgemein	12		8	70	33	39	25	9	196
Arbeitsbereich	1		3	2	10		8		24
Datenbekanntgabe Inland	2	10	6		20		10	3	51
Datenbekanntgabe Auslandsbezug	7	1	15	14	20		23		80
Geltendmachung gesetzlicher Rechte	10	1	7		5		25	1	49
Gesetzesvorhaben					17				17
Gesundheit/Soziales	12		1		14		1	8	36
Keine Zuständigkeit DSS					1		4	1	6
Polizei/Sicherheit				25	3		7	2	37
Register der Datensammlungen	10		10		6		2	4	32
Schengen/Dublin	1				10				11
Technologischer Datenschutz			9		13	43	17	2	84
Telekommunikation			3		1				4
Umsetzung/Anwendung europäischen Rechts					5		2		7
Vernehmlassung ohne Stellungnahme					6				6
Videoüberwachung	3		8		1	5	12		29
Wirtschaft/Finanzen/ Gewerbe/Versicherungen	5		2		5			1	13
Gesamtergebnis	63	12	72	111	170	87	136	31	682

Stellungnahmen zu Vorlagen und Erlassen

Im Berichtsjahr wurden im Zuge von Vernehmlassungen zehn Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben abgegeben. Die Stellungnahmen betrafen die folgenden Gesetze: Staatspersonalgesetz; Steueramtshilfegesetz und Steueramtshilfegesetz-USA; Energieeffizienzgesetz, Elektrizitätsmarktgesetz und Gasmarktgesetz; Zahlungsdienstegesetz; Marktmissbrauchsgesetz; Krankenversicherungsgesetz; FATCA-Gesetz; Versicherungsaufsichtsgesetz; Strafgesetzbuch, Strafprozessordnung, Steuergesetz, Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb und Rechtshilfegesetz; Gesundheitsgesetz.

In fünf weiteren Fällen wurden in verschiedenen Stadien der Vorbereitung von Gesetzesvorhaben Stellungnahmen abgegeben.

Stellungnahmen in hängigen Verfahren

Das Gesetz sieht vor, dass die DSS in hängigen Verfahren auf Ersuchen von entscheidenden Organen oder Rechtsmittelbehörden Stellungnahmen zu Datenschutzfragen einreichen kann. Von dieser Bestimmung wurde in den Vorjahren kaum Gebrauch gemacht, im Berichtsjahr wurden wir zweimal um eine Stellungnahme gebeten. Diese Möglichkeit, einen aktiven Beitrag zur Rechtsprechung in Sachen Datenschutz abgeben zu können, wird von der DSS ausdrücklich begrüsst.

Genehmigung von Datentransfers in Drittländer

Im Berichtsjahr erhielt die DSS eine Meldung betreffend die Verwendung von Standardvertragsklauseln.

Zudem gab es zehn Verfahren auf Genehmigung unternehmensinterner Datenschutzregelungen (Binding Corporate Rules, BCR), zu welchen die DSS aufgrund von europäischen Vorgaben beigezogen worden ist.

Aufsicht

Im Berichtsjahr erfolgte eine Kontrolle beim Ausländer- und Passamt mit Blick auf die kommende Schengen-Evaluation Liechtensteins. Eine weitere Kontrolle fand bei einer Krankenkasse auf deren Anfrage statt; diese war am Jahresende noch in Arbeit. Zudem wurden vier Nachkontrollen durchgeführt und abgeschlossen.

Aufgrund der gesetzlichen Verpflichtung in der Krankenversicherungsverordnung wurde neu die Liste der zertifizierten DRG Datenannahmestellen auf der Internetseite veröffentlicht.

Bewilligungen von Videoüberwachungsanlagen

Im Berichtsjahr sind acht Anträge auf Bewilligung einer Videoüberwachungsanlage eingegangen; sieben Bewilligungen wurden abgeschlossen, eine war per Ende Jahr noch offen. Weiters sind zwei Anträge auf Verlängerung eingereicht worden, die abgeschlossen werden konnten.

Führung des Registers der Datensammlungen

Dateninhaber haben die Pflicht, entweder ihre Datensammlungen bei der DSS anzumelden oder einen be-

trieblichen bzw. behördlichen Datenschutzverantwortlichen zu bezeichnen.

Zum Jahresende waren insgesamt 303 Datensammlungen von 54 Dateninhabern (20 Private, 8 Gemeinden und 26 Institutionen aus dem öffentlich-rechtlichen Bereich) im Register aufgeführt. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 12 neue Datensammlungen im Register erfasst. Demgegenüber wurden 16 Datensammlungen aus dem Register entfernt, insbesondere aufgrund der Bezeichnung von Datenschutzverantwortlichen (wodurch diese Dateninhaber von der Meldepflicht enthoben werden) sowie aufgrund der Aufhebung der Datensammlungen.

Inhaber von Datensammlungen haben jährlich Änderungen im Bestand ihrer Sammlungen zu melden. Im Berichtsjahr gingen keine entsprechenden Meldungen ein.

Die Zahl der Datenschutzverantwortlichen stieg um 13 auf 124.

Die Liste der Datensammlungen und die Liste der Datenschutzverantwortlichen sind auf der Internetseite der DSS einsehbar.

Veranstaltungen und Schulungen (Information und Sensibilisierung)

Der Europäische Datenschutztag dient der Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu Themen, welche die breite Öffentlichkeit betreffen. Anlässlich des 8. Datenschutztages organisierte die DSS eine öffentliche Abendveranstaltung unter dem Titel «Wie gesund ist Big Data? – Chancen und Risiken von Datensammlungen im Gesundheitswesen». Über 120 Interessierte besuchten die Veranstaltung.

An der LIHGA wurde in Zusammenarbeit mit dem Verein Sicheres Liechtenstein, dem IT Crowd Club Liechtenstein und dem aha Tipps & Infos für junge Leute ein Stand konzipiert und betreut. Ziel war die Information und Sensibilisierung der Bevölkerung vor allem zum Thema Sicherheit im Internet.

Für die behördlichen und die betrieblichen Datenschutzverantwortlichen fand je eine Veranstaltung zwecks Informations- und Erfahrungsaustausch statt. Für Personen, welche die Funktion eines Datenschutzverantwortlichen übernommen hatten oder sich informieren wollten, wurde eine Einführungsschulung durchgeführt.

Auf Anfrage wurden weitere Schulungen und Sensibilisierungsveranstaltungen mit Jugendlichen (sowohl Schüler als auch Lernende), Eltern, Mitarbeitenden von Behörden, Senioren und Personen aus der Privatwirtschaft gestaltet. Themen waren Neue Medien und insbesondere Soziale Netzwerke, WLAN, Datensicherheit und Datenschutzzertifizierung.

Bereits zur Regel geworden sind zwei Datenschutzschulungen im Aus- und Weiterbildungsangebot der Landesverwaltung sowie ein Vortrag im Rahmen eines Personal-Lehrgangs.

Für einzelne Vorträge und Schulungen konnten Honorare verrechnet werden, was eine neue Einnahmequelle darstellt.

Öffentlichkeitsarbeit

Die Internetseite der DSS stellt die Plattform zur Information der Öffentlichkeit dar. Sie wird regelmässig und kostengünstig gepflegt.

Eine neue, umfangreiche Rubrik mit Fragen und Antworten zum Datenschutz im Telekommunikationsbereich wurde vor allem für die Anbieter von Telekommunikationsdienstleistungen erstellt.

Die im Zusammenhang mit dem Europäischen Datenschutztag erstellte Richtlinie zu Big Data erklärt die Begrifflichkeiten, zeigt Chancen und Risiken auf und enthält Empfehlungen sowohl für Betreiber als auch für Betroffene, um Big Data mit dem Datenschutz in Einklang bringen zu können.

Weitere Richtlinien und Empfehlungen wurden aktualisiert (Rechte der betroffenen Personen, Anonymisierung/Pseudonymisierung sowie Technische und organisatorische Massnahmen).

Ausserdem wurden drei massgebende Urteile des Europäischen Gerichtshofs auf der Internetseite der DSS zur Verfügung gestellt; hier geht es um die Vorratsdatenspeicherung, um Google Spain sowie um Videoüberwachung für ausschliesslich persönliche oder familiäre Zwecke.

Aufgrund der Umstellung des LLV-Internetauftritts bestehen keine Zugriffszahlen für das Berichtsjahr.

Auch in der Presse wurde zu verschiedenen Themen Stellung genommen.

Mitarbeit in Arbeitsgruppen

Seitdem die DSS formell aus der Landesverwaltung ausschied, wird sie nur noch vereinzelt in Arbeitsgruppen berücksichtigt.

Im Berichtsjahr konnte bei folgenden Arbeitsgruppen mitgearbeitet werden:

In der ZPR-Kommission ist die DSS von Gesetzes wegen vertreten. In dieser Kommission nimmt die DSS eine aktive Rolle ein. Dabei wurden durch die DSS vor allem folgende Angelegenheiten erledigt: Erstellung einer Übersicht der im ZPR bearbeiteten Datenkategorien, Schaffung von Grundlagendokumenten für die Prüfung bestehender Zugriffsrechte (Benutzerrollen) sowie Anpassungen am Bearbeitungsreglement. Im Übrigen wird auf den Beitrag der ZPR-Kommission zum Rechenschaftsbericht verwiesen.

Von der Regierung wurde die DSS in die neu geschaffene Fachgruppe Medienkompetenz berufen. Der DSS eröffnet sich dadurch die Möglichkeit, in zwei definierten Themenschwerpunkten (Datensicherheit und Jugendliche) noch zielgerichteter zu sensibilisieren. Hier wirkte die DSS vor allem bei der Jahresplanung 2014/2015 mit und war federführend an der Durchführung und Auswertung einer Umfrage zum Thema Medienkompetenz beteiligt.

Per Ende Jahr wurde die DSS in die Konsultationsgruppe des Projekts «Umsetzung AIA» (Automatischer Informationsaustausch in Steuerangelegenheiten) berufen.

Zudem ist die DSS in der Arbeitsgruppe Elektronisches Gesundheitsnetz und im Schengen/Dublin-Gremium vertreten; Sitzungen fanden keine statt.

Internationale Arbeitsgruppen

Die Globalisierung und die rasanten technologischen Entwicklungen stellen grosse Herausforderungen dar und machen nicht an der Grenze zu Liechtenstein Halt. Es ist darum unerlässlich, dass sich die DSS mit diesen Entwicklungen befasst. Dazu braucht es die Mitarbeit in internationalen Arbeitsgruppen und eine Zusammenarbeit mit ausländischen Datenschutzbehörden. In diesem Rahmen hat sich die DSS im Berichtsjahr im Wesentlichen mit folgenden Themen befasst:

Die Entwicklung in Richtung automatischer Austausch von Steuerinformationen wurde bei der Artikel-29-Datenschutzgruppe zu einem wichtigen Thema. Hier entstand ein Dialog vor allem mit der Europäischen Kommission zur Frage, wie der Common Reporting Standard (CRS) der OECD in Europa umgesetzt werden soll.

Die Datenschutzreform, welche die Europäische Kommission im Januar 2012 begonnen hatte, war auch im vergangenen Jahr ein Thema. Während das Europäische Parlament hierzu eine Stellungnahme abgab, stockte die Arbeit im Europäischen Rat. Das Ziel, die Reform bis Ende 2014 abzuschliessen, konnte nicht erreicht werden.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) erliess im Fall «Google Spain» ein wichtiges Urteil zur Frage des Löschrechtes auf Suchmaschinen. Dieses Urteil ist auch für Einwohner Liechtensteins massgebend. Daneben setzte der EuGH im Urteil zur Vorratsdatenspeicherung neue Massstäbe, die über die Vorratsdatenspeicherung hinausreichen und insbesondere auch im Rahmen des automatischen Austausches von Steuerinformationen relevant sein können. Diese Urteile waren ebenfalls Gegenstand der Arbeit der Artikel-29-Datenschutzgruppe.

Schliesslich beschäftigte sie sich auch mit den Folgen des NSA-Skandals.

Im Europarat konnten die Arbeiten an einer revidierten Datenschutzkonvention abgeschlossen werden.

Da Liechtenstein Mitglied im Schengener Abkommen ist, ist die DSS in den entsprechenden Arbeitsgruppen (SIS/VIS/Eurodac) vertreten.

Schlussbemerkung

Einzelheiten zu den aufgeführten Tätigkeiten können im Tätigkeitsbericht 2014 der DSS, welcher der Regierung und dem Landtag separat vorgelegt wird, nachgelesen werden.

Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche

Ombudsperson: Margot Sele

Rechtsgrundlage

1995 hat das Fürstentum Liechtenstein die UN-Kinderrechtskonvention (UNKRK) unterzeichnet und sich damit verpflichtet, den Bestimmungen zur Umsetzung zu verhelfen. Um ein Monitoring betreffend die Umsetzung der Kinderrechte in Liechtenstein zu ermöglichen, wurde im neuen Kinder- und Jugendgesetz (KJG), das am 1. Februar 2009 in Kraft getreten ist, die Grundlage für die Funktion einer Ombudsperson für Kinder und Jugendliche geschaffen. Im Oktober 2009 wählte der Landtag die erste Ombudsfrau für Kinder und Jugendliche für einen Zeitraum für 4 Jahre. Im Berichtsjahr 2013 bewarb sich die amtierende Ombudsfrau für eine weitere Amtszeit. In seiner Sitzung vom 5. Dezember 2013 bestätigte der Landtag die Wahl von Margot Sele für weitere 4 Jahre.

Gesetzlicher Auftrag

Der Auftrag der Ombudsperson für Kinder und Jugendliche ergibt sich aus dem Kinder- und Jugendgesetz (KJG), Art. 96 – 100.

Allgemein zugängliche Anlaufstelle

Die Ombudsstelle ist eine allgemein zugängliche, neutrale und kostenlose Anlaufstelle in allen Fragen und Anliegen, die Kinder und Jugendliche betreffen. Es können sich Kinder und Jugendliche selber, aber auch Erwachsene an die Ombudsfrau wenden. Die Ombudsperson ist zur Verschwiegenheit verpflichtet. Die Ombudsperson hat bei Bedarf zwischen Kindern und Jugendlichen oder Erziehungsberechtigten einerseits und Gerichten, Landes- sowie Gemeindebehörden andererseits zu vermitteln. Auch Probleme mit öffentlichen und privaten Betreuungsorganisationen fallen in den Zuständigkeitsbereich der Ombudsperson.

Monitoringfunktion

Die Ombudsperson überwacht die Umsetzung internationaler Übereinkommen insbesondere das Übereinkommen über die Rechte des Kindes (UNKRK). Zudem wird sie im Interesse von Kindern und Jugendlichen bei Behörden und anderen Institutionen mit Eingaben oder Beschwerden vorstellig und hat Auskunfts- und Akteneinsichtsrecht bei Gerichten, Landes- und Gemeindebehörden sowie privaten Einrichtungen und Organisationen (KJG Art. 98).

Weitere Aufgaben

Zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen, die Kinder und Jugendliche in besonderem Masse berühren, nimmt die Ombudsperson im Rahmen des Vernehmlassungs-

verfahrens Stellung. Ein weiterer Aufgabenbereich ist die Öffentlichkeitsarbeit, um über die Kinderrechte und damit verbundene Themen zu informieren. Die Ombudsperson verfasst jährlich einen Tätigkeitsbericht zu Handen des Landtags.

Umsetzung des gesetzlichen Auftrages im Jahr 2014

Anlauf- und Beschwerdestelle

Im Berichtsjahr 2014 wurde die OSKJ- Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche in 14 Fällen kontaktiert. In den einzelnen Fällen ging es um Anliegen, Probleme, Anregungen und Fragen zu unterschiedlichen Kinder- und Jugendthemen. Zudem gab es Beschwerden betreffend die Vorgehensweise bzw. zu Entscheidungen von Behörden und Institutionen. Die an die OSKJ herangetragenen Anliegen waren unterschiedlicher Art. Auch 2014 wurde die Ombudsstelle mehrheitlich in Obsorgestreitigkeiten und wegen Schulproblemen kontaktiert. Je nach Problemstellung hat die Ombudsfrau mit den betroffenen Stellen Kontakt aufgenommen, um sich ein Bild über die Vorgehensweise zu machen. In einigen Fällen ist es der Ombudsfrau gelungen, zwischen den Parteien zu vermitteln oder zu einer Lösung des Problems beizutragen. Weitere Ratsuchende wurden über ihre Handlungsmöglichkeiten informiert und an die für ihr Problem zuständige Stelle weiterverwiesen. In zwei Fällen erfolgte seitens der Ombudsstelle eine Eingabe bei Gericht. In 4 der insgesamt 14 Fälle hatte die Ombudsperson direkten Kontakt mit den Kindern und Jugendlichen. Die Ombudsstelle ist – nicht zuletzt wegen ihrer bescheidenen Ressourcen – eine hochschwellige Anlaufstelle. Zudem liegt es in der Natur der Sache, dass sich – vor allem in Fällen wo Kinder betroffen sind – die Erwachsenen an die Ombudsstelle wenden.

Vernetzung mit Institutionen und Organisationen im FL

Ein regelmässiger Informationsaustausch und die Zusammenarbeit mit Organisationen und Institutionen im FL ist für die Ombudsstelle sehr wichtig und unbedingt erforderlich, um den gesetzlichen Auftrag erfüllen zu können. Auch im Berichtsjahr fanden diesbezüglich – oftmals auch im Rahmen des Besuchs von kinderrechtsrelevanten Veranstaltungen – Gespräche mit Vertretern von verschiedenen Institutionen statt. Als Koordinatorin und Ansprechperson der Vernetzungsgruppe KINDERLOBBY LIECHTENSTEIN initiierte und begleitete die Ombudsperson mehrere Aktivitäten im Rahmen des von der Kinderlobby gewählten Jahresthemas 2014 «Mein Recht auf Bewegung und Raum». Die Kinderlobby setzt sich aus 16 Organisationen zusammen, die sich alle im Kinder- und Jugendbereich engagieren. Sie versteht sich als Netzwerk für Kinderrechte und trifft sich seit Januar 2012 regelmässig zu gemeinsamen Sitzungen. Im Vordergrund steht dabei der Informations- und Erfahrungsaustausch sowie das Sensibilisieren für die Kinderrechte.

Zudem pflegt die Ombudsperson einen regelmässigen Austausch mit dem aha – Tipps und Infos für junge Leute, dem VLJ Verein Liechtensteiner Jugendorganisationen (VLJ) sowie dem Kinder- und Jugendbeirat (Kijub). Immer wieder ergeben sich Berührungspunkte in der Interessensvertretung von Kindern und Jugendlichen. Im Berichtsjahr lancierten das aha und die Kinderlobby gemeinsam die Webseite «ferienspass.li». Seit Juni 2014 sind die vielseitigen Ferienangebote für Kinder, welche während 15 Jahren stetig gewachsen sind und jeweils mittels des Plakates «Ferienspass» vor den Sommerferien an die Primarschulen abgegeben wurden, nun übersichtlich auf einer elektronischen Plattform zusammengefasst und direkt online buchbar. Mit dem VLJ gab es 2014 eine Zusammenarbeit im Rahmen der Veranstaltung zum Tag der Kinderrechte und dem Jahresthema «Mein Recht auf Bewegung und Raum».

Auch im Berichtsjahr wirkte die Ombudsfrau in der ARBEITSGRUPPE OBSORGE mit. Die Arbeitsgruppe engagiert sich seit 2011 für die Schaffung von Rahmenbedingungen, welche eine verantwortungsvolle Elternschaft nach Trennung und Scheidung möglich machen. In der Arbeitsgruppe sind das Frauennetz, der Verein für Männerfragen, der Verein für Mediation sowie die Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche vertreten. Die Koordination obliegt der Stabstelle für Chancengleichheit. Im Zusammenhang mit der Reform des Kindschaftsrechts hat sich die Arbeitsgruppe mehrere Male zu Roundtable-Gesprächen mit den jeweiligen Justizministern RR Aurelia Frick und später mit RR Thomas Zwiefelhofer getroffen. Das Ziel der Arbeitsgruppe war ursprünglich die Einführung einer gerichtlich vorgelagerten Mediation für Eltern in Trennung. Dies konnte leider nicht umgesetzt werden. Immerhin gibt es nun im neuen Kindschaftsrecht, das am 1. Januar 2015 in Kraft getreten ist, die Option einer angeordneten Mediation durch den Richter. Die Arbeitsgruppe setzte sich auch für die Erstellung eines Leitfadens ein, welcher Eltern darin unterstützt, die gemeinsame Obsorge einvernehmlich und verbindlich zu regeln. Dieses Projekt konnte – aufgrund des Auftrags des Justizministeriums – in Zusammenarbeit mit dem Amt für Soziale Dienste im Spätherbst 2014 verwirklicht werden. Mit dem «Leitfaden bei Trennung und Scheidung» ist ein hilfreiches und gut verständliches Nachschlagewerk für Betroffene und Fachpersonen entstanden. Weiter plädiert die Arbeitsgruppe dafür, die interdisziplinäre Zusammenarbeit der in Trennungs- und Scheidungssachen involvierten Fachstellen zu verbessern und mittels eines Verhaltenskodex' zu regeln.

In Zusammenarbeit mit der Stabstelle für Chancengleichheit organisierte sie deshalb am 16. Oktober 2014 die Fachtagung «Kindschaftsrecht – Neuerungen und Umsetzungsmöglichkeiten», welche unter dem Patronat der Ministerien für Inneres, Justiz und Wirtschaft und für Gesellschaft stand.

Öffentlichkeitsarbeit – Information über Kinderrechte

Um die Auseinandersetzung mit dem Jahresthema der KINDERLOBBY LIECHTENSTEIN «Mein Recht auf Bewegung und Raum» zu fördern, organisierte die Ombudsstelle gemeinsam mit der Kinderlobby eine Veranstaltung zum Tag der Kinderrechte vom 20. November 2014, welche in Zusammenarbeit mit dem Amt für Gesundheit und mit freundlicher Unterstützung mehrerer Stiftungen aus Liechtenstein realisiert werden konnte. Zudem wurden in den Liechtensteiner Tageszeitungen verschiedene Berichte und Interviews zum Thema veröffentlicht. Es entwickelte sich auch eine Kooperation mit dem Haus Gutenberg, was die Durchführung von zwei weiteren Veranstaltungen ermöglichte: Am 20. August konnte ein Workshop für Eltern und Erziehende mit einer Sozial- und Erlebnispädagogin durchgeführt werden und am 27. Oktober fand die Veranstaltung «Spiel- und Freiräume für Kinder und Jugendliche in Liechtenstein» statt. Zwei Referenten zeigten anhand von Beispielen aus Vorarlberger Gemeinden auf, welche Vorgehensweisen sich bei der Erstellung von Spiel- und Freiraumkonzepten bewährt haben. Mit dieser Informations- und Diskussionsveranstaltung konnte die OSKJ – Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche zusammen mit der Kinderlobby und mit freundlicher Unterstützung des Ministeriums für Infrastruktur, Umwelt und Sport die zahlreich erschienenen Behörden, VolksvertreterInnen und Gemeindeverantwortlichen anregen, sich darüber Gedanken zu machen, wie die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen in der Raumplanung berücksichtigt werden kann.

Direkter Kontakt mit Kindern und Jugendlichen

Im Rahmen ihrer Ressourcen konnte die Ombudsfrau auch 2014 einige direkte Kontakte mit Kindern und Jugendlichen knüpfen. Nebst dem Besuch der JUBEL-Vollversammlung (Jugendbeteiligung Liechtenstein) und Projekten mit dem Verein Liechtensteiner Jugendorganisationen (VLJ) wirkte die Ombudsfrau am Staatsfeiertag beim Aktionsstand des aha – Tipps und Infos für junge Leute mit. Weiter hielt die Ombudsfrau in zwei Klassen der Primarschule Triesenberg einen Kinderrechte-Workshop. Zudem besuchte sie Veranstaltungen zum Thema Menschenrechte in Rahmen der Projektwoche einer Klasse des Liechtensteinischen Gymnasiums und hielt dort einen Workshop zum Thema Kinder- und Jugendrechte.